

Die sozialistische Perspektive erneuern!

Elemente politischer Orientierung

internationale sozialistische linke

(August 2003)

isl _____
internationale sozialistische linke

Vorwort

Die internationale sozialistische linke (isl) hat in ihrer Gründungserklärung vom Juni 2001 ("Woher wir kommen, was wir wollen"), kurz und bündig dargelegt, wofür sie steht: sozialistische Demokratie, Internationalismus, Teilnahme an der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und an allen Bewegungen mit emanzipatorischer Tendenz, Orientierung auf die lohnabhängige Klasse, Eintreten für die Herausbildung einer neuen pluralistischen und glaubwürdigen politischen Kraft der Linken. Die vor kurzem beschlossene, geringfügig veränderte Fassung dokumentieren wir im Anhang.

Der vorliegende Text ist Ausdruck des Bedürfnisses, unsere Position anhand konkreter Fragestellungen und brennender Fragen der Bewegung weiter auszuarbeiten.

Es handelt es sich um ein Zwischenprodukt. Einzelne Bestandteile wurden entworfen von Thies Gleiss, Christoph Jünke, Manuel Kellner, Angela Klein und Paul B. Kleiser. Diese Texte waren Gegenstand zahlreicher Diskussionen und sind mehrfach bearbeitet worden. Die Ideen zahlreicher GenossInnen sind in die Endfassung eingeflossen.

Das Ergebnis soll der Selbstverständigung dienen, gerade deshalb aber auch ein Beitrag zur inhaltlichen

Neufundierung der sozialistischen Linken sein. Es ist fragmentarisch geblieben, und einige der Lücken springen ins Auge: so politische Ökologie oder Feminismus/"gender"-Frage. Auch sind wir uns dessen bewusst, dass wir vielfach eine westdeutsche Sicht der Verhältnisse und Entwicklungen in dem Staat haben, in dem wir leben. Desto mehr sind alle aufgerufen, sich an der Weiterentwicklung dieses Textes zu beteiligen.

Ein erster Text für einen Abschnitt zur Unterdrückung der Frauen und Frauenbewegung ist kurz vor Fertigstellung dieser Broschüre geschrieben worden; er konnte jedoch noch nicht diskutiert werden.

Unser Anspruch ist, die marxistische Tradition in moderner und kritischer Weise fort zu schreiben. Die Klasse der abhängig Beschäftigten ist für uns das potentiell revolutionäre Subjekt, dessen Selbstbefreiung von Ausbeutung und Unterdrückung nur als Einleitung eines universellen Prozesses der Emanzipation vorstellbar ist. Die kapitalistische Marktwirtschaft und Klassengesellschaft als total und global entfaltete Waren- und Geldwirtschaft ist zukunftsunfähig. Die Macht des Kapitals muss gestürzt werden. Wir haben nichts zu verlieren als die Aussicht auf weiteren Niedergang und endgültigen Untergang, aber eine Welt zu bewahren und im Sinne der menschlichen Bedürfnisse und ökologisch verantwortlich neu zu gestalten.

Einleitung: Wer wird sind

Anfang 2001 hat sich aus Mitgliedern und dem Umfeld der ehemaligen Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) die internationale sozialistische linke (isl) gegründet. Die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland und weltweit – Wirtschaftskrise, Krieg, der Aufschwung einer neuen weltweiten Bewegung gegen neoliberale Politik – hat uns veranlaßt, wieder eine politische Organisation zu schaffen, die koordiniertes Handeln, einen aktionsorientierten Diskussionszusammenhang und strategische Debatten ermöglicht.

Unsere Voraussetzungen

Die isl kommt nicht aus dem Nichts. Sie knüpft an das Programm der VSP von 1986 und ihre damalige Zielsetzung an, die Kräfte der radikalen sozialistischen Linken zusammenzubringen.

Wir lehnen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ab – sie bedeutet die Kommerzialisierung aller gesellschaftlichen Beziehungen, die Unterordnung sozialer Bedürfnisse unter das Diktat des "Shareholder value" und des Profits privater Konzerne, die Konzentration von immer größerem Reichtum in den Händen eines immer geringeren Teils der Weltbevölkerung, die Zerstörung von gesellschaftlichen Beziehungen und natürlichen Ressourcen, und schließlich einen "lang andauernden" Krieg der reichen Welt gegen die arme Welt, der Gefahr läuft, die Menschheit mit militärischen und terroristischen Mitteln in die Barbarei zurückzuversetzen.

Wir wollen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf dem Grundsatz der Solidarität und der freien Entfaltung aller Frauen und Männer, ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit und Nationalität fußt; die sich an der Befriedigung der elementaren materiellen und kulturellen Bedürfnisse und nicht an der privaten Bereicherung und auch nicht am Gebot der wirtschaftlichen Standortkonkurrenz orientiert; die gleiche soziale Rechte für alle kennt und auf internationaler Ebene gleichberechtigte Kooperation anstelle von Vormachtstreben und Ausplünderung pflegt, in der die private Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft und die natürlichen Ressourcen aufgehoben ist.

Wir stehen für sozialistische Demokratie und lehnen jede Ordnung ab, in denen Menschen sich durch Kapital oder durch Verfügung über bürokratische Apparate Privilegien verschaffen. Wir treten für die uneingeschränkte Freiheit aller Menschen ein, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, und für ihr Recht, gleichermaßen an den gesellschaftlichen Entscheidungen über die Verteilung der Ressourcen und des von ihnen erwirtschafteten Reichtums teilzunehmen. Wir wollen eine Beteiligungsdemokratie anstelle einer repräsentativen Demokratie, die die wesentlichen Entscheidungen auf einen immer kleineren Kreis von Menschen reduziert und einen immer größeren

Teil von der Teilhabe am Wohlstand, an kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten und an demokratischer Mitentscheidung ausschließt.

Unsere Tradition

Wir stehen in der Tradition der Linken, die sich im vergangenen Jahrhundert sowohl gegen die Sozialdemokratie wie auch gegen den Stalinismus gewandt haben. Die Sozialdemokratie ist seit dem Ersten Weltkrieg synonym mit der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen des deutschen Kapitals und der Expansionspolitik des deutschen Staats. Der Stalinismus war ein Regime, in dem den ProduzentInnen eine Selbstorganisation verwehrt und der Zugang zu staatlichen Entscheidungen versperrt war, wenn sie andere Auffassungen vertraten als die Parteiführung. Der Stalinismus hat abgewirtschaftet, wie alle Formen bürokratischer Diktatur in nichtkapitalistischen Gesellschaften. Die Sozialdemokratie agiert nur noch als eine Partei, die um subtilere Formen der Ausbeutung und eine effizientere Durchsetzung der Herrschaftsinteressen des Kapitals bemüht ist; sie sieht ihre wichtigste Rolle heute darin, die sozialen Verwerfungen auf der Jagd nach Profit möglichst billig abzufedern. Sie ist nicht mehr fähig, unabhängig von Kapitalinteressen die sozialen und politischen Belange derer zum Ausdruck zu bringen, die gezwungen sind, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben.

Wir sind Teil der Arbeiterbewegung. Darunter verstehen wir nicht nur die Gewerkschaften und Interessenvertretungen von besser gestellten Schichten von Erwerbstätigen. Im Gegenteil: Wir kämpfen für einen grundlegenden Wandel im Selbstverständnis der Gewerkschaften, damit sie sich nicht nur für diejenigen zuständig fühlen, die Arbeit und Einkommen haben, sondern gerade für diejenigen, die innerhalb der Arbeiterklasse von staatsbürgerrechtlichen Rechten, sozialer Sicherheit, tariflich abgesicherten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen, gleichem Lohn für gleiche Arbeit oder überhaupt von der Aussicht auf einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz ausgeschlossen sind: MigrantInnen, Erwerbslose, Frauen, Leiharbeitende, prekär Beschäftigte jeglicher Art. Wir kämpfen für Gewerkschaften, die sich den Herausforderungen der neoliberalen Globalisierung stellen und sie mit dem Aufbau international streikfähiger Verbände beantworten; für Gewerkschaften, die solidarisch sind mit anderen sozialen Bewegungen, in denen sich Betroffene organisieren.

In diesem Sinne sehen wir die Notwendigkeit einer grundlegenden gewerkschaftlichen und politischen Neuformierung der Arbeiterklasse, die ihrem Strukturwandel und den neoliberalen Herausforderungen gerecht wird. Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften und eine sozialistische Partei neuen Typs.

Unsere Arbeit

Wir sehen in der neuen weltweiten Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und die Konzernherrschaft eine Hoffnung und einen sehr wichtigen Ansatz. Sie wird genährt von verschiedenen sozialen Bewegungen, politischen Strömungen und Nichtregierungsorganisationen, die das Bestreben eint, eine solidarische Alternative zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung aufzubauen. Wir treten dafür ein, daß Studierende, Erwerbslose, LandwirtInnen, GewerkschafterInnen, Frauen und MigrantInnen ihre Belange in diese Bewegung einbringen und national wie international den Schulterschuß mit allen suchen, die gemeinsam gegen die Konzernherrschaft kämpfen. Hier ist der Ort, wo eine neue Internationale der sozialen Bewegungen aufgebaut werden kann – und das ist die Voraussetzung dafür, daß wir einen solidarischen Ausweg aus der drohenden Barbarei finden.

Sie wird auch eine Grundlage für eine politische Neuformierung der sozialistischen Linken sein. Nach dem Fall der Mauer, mit der weitgehenden Aufhebung der nationalen Kontrollen über die Finanzmärkte und der damit einher gehenden Verschärfung der Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern verschiedener Wirtschaftsregionen, mit der verstärkten EU-Integration auf neoliberaler Basis und schließlich dem anhaltenden Krieg um die Vorherrschaft auf der Welt ist es nicht mehr möglich, Alternativen zum Bestehenden im nationalstaatlichen Rahmen zu formulieren. Wer nur das deutsche Kapital und die deutsche Geschichte oder nur die Interessen der deutschen Lohnabhängigen zum Maßstab nimmt, scheitert daran, daß er entweder dem US-Imperialismus oder dem deutschen Nationalismus oder einem EU-Nationalismus das Wort redet. Auch politisch muß eine Neuformierung der sozialistischen Linken deshalb am Aufbau einer neuen Internationale ansetzen. Aus diesem Grund sind wir Mitglied in der IV. Internationale; aus diesem Grund unterstützen wir zugleich die jüngsten Bemühungen, einen breiteren Zusammenhang der radikalen sozialistischen Parteien und Bündnisstrukturen in Europa zu schaffen.

Unser Verhältnis zu anderen Organisationen

Kräfte, die ähnliche programmatische Inhalte formulieren wie wir, gibt es heute in vielen Organisationen der Linken und der radikalen Linken in Deutschland. Keine dieser Organisationen kann beanspruchen, die Kraft zu sein, die die notwendige Neuformierung bereits verkörpert. Das gilt nicht für die zahlreichen politischen Gruppen, die aus der Zeit vor 1989 "übriggeblieben" sind, das gilt auch nicht für die PDS, die ihre Rolle als antikapitalistische Oppositionspartei weitgehend aufgegeben hat. Auf sich gestellt repräsentiert auch die isl nicht diese Kraft. Indem wir jedoch die strategische Orientierung auf eine solche Neuformierung formulieren, unterscheiden wir uns von anderen politischen Gruppen, die entweder für sich einen Parteianspruch behaupten oder die Notwendigkeit

einer gewerkschaftlichen und politischen Neuformierung ignorieren oder keinen internationalen Ansatzpunkt haben. Deshalb konstituieren wir uns als isl. Wir tun dies mit dem langfristigen Ziel, aus den sozialen Bewegungen heraus und mit vielen anderen zusammen in Deutschland wieder eine breite Partei der sozialistischen Opposition zu schaffen, die Teil dieser internationalen Neuformierung sein will.

Eine solche Partei kann nur aus Massenkämpfen entstehen; sie muss zugleich die besten Traditionen der Arbeiterbewegung kritisch aneignen und vermitteln und die Lehren aus den gescheiterten Erfahrungen der Arbeiterbewegung ziehen; sie muss pluralistisch und demokratisch strukturiert sein; sie muss sich als gleichberechtigter Partner sozialer Bewegungen begreifen, mit denen sie politische Willensbildung und Vertretung teilt. Sie muss eine Organisation von Aktiven sein, wo die Basis materiell und politisch in der Lage ist, die Führung zu kontrollieren. Wir sehen eine vorrangige Aufgabe einer solchen Partei darin, Organe der gesellschaftlichen Gegenmacht zu schaffen bzw. zu befördern. Hier, nicht in den Parlamenten, entscheidet sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis. Das strategische Ziel einer solchen Partei muss sein, die politische Macht der Konzerne zu brechen und an ihre Stelle eine breite Beteiligungsdemokratie treten zu lassen.

Wir streben eine Einheit der sozialistischen Linken auf dieser Grundlage an. Wir lehnen dabei jeden Hege- monieanspruch für eine bestimmte Strömung oder Organisation ab, einschließlich unserer eigenen.

Die Globalisierung der Barbarei

Seit den frühen achtziger Jahren macht der Begriff "Globalisierung" weltweit Karriere und sorgt für Furore. Diese Entwicklung hat sich in den neunziger Jahren verstärkt, da durch den Zusammenbruch der bürokratischen Regime des Ostblocks dem Kapitalismus scheinbar der Gegner abhanden gekommen ist. Neokonservative Autoren wie Francis Fukuyama wollten sogar im Sieg des Liberalismus ein Ende der Geschichte erkennen, weil ihrer Weltsicht nach keine Alternative zu westlicher Demokratie und Marktwirtschaft mehr möglich bzw. zu erwarten sei.

In Wirklichkeit handelt es sich bei der sogenannten Globalisierung um einen neuen Schub im Internationalisierungsprozess des Kapitals. Die Bedingungen dafür wurden nach dem Zusammenbruch des langen Nachkriegsbooms durchgesetzt. In der Wirtschaftskrise der 80er Jahre setzten die bürgerlichen Kräfte in einer Reihe von Ländern auf die Ausweitung der Binnenachfrage und auf den "Klassenkampf von oben". Diesen Kräften ging und geht es wesentlich um die "Sanierung der Profite" durch verstärkte Ausbeutung der lohnabhängigen Massen, der Länder der Peripherie und der Natur. Dieser Prozess verfügt über viele Ähnlichkeiten mit früheren Globalisierungsprozessen, etwa der Eroberung der "Neuen Welt" im 16. und 17. Jahrhundert oder dem klassischen Kolonialismus im 19. Jahrhundert. Ein Blick in die Passagen, in denen Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" den weltweiten Siegeszug der Bourgeoisie beschreiben, ist durchaus erhellend. Auch der Blutzoll, den die Menschheit für die neue Phase des Kapitalismus zu bezahlen hat, ist mit früheren Perioden vergleichbar (die militärische Zerstörungskraft außer acht gelassen). Allerdings machen es neue Technologien wie elektronische Datenverarbeitung (EDV) und Telekommunikation möglich, die Ausbeutung der Arbeitskraft über Ländergrenzen hinweg in einer für das Kapital erheblich rationelleren Weise zu organisieren. Durch die "Delokalisation der Produktionsketten" ist es heute möglich, modernste Technologie bei hoher Arbeitsproduktivität und guter Qualität mit geringen Löhnen und Sozialleistungen zu verbinden. Ein wesentlicher Aspekt der kapitalistischen Globalisierung besteht daher in der rasch voranschreitenden Polarisierung zwischen Arm und Reich sowohl zwischen den kapitalistischen Zentren und der Peripherie wie auch innerhalb der entwickelten Kernländer und innerhalb der abhängigen Länder. Diese Polarisierung geht mit einer zunehmenden Gewaltförmigkeit der sozialen Verhältnisse einher. Zwar leben heute mehr Menschen als je zuvor direkt oder indirekt unter der Knute des Kapitals, doch führt dies für die meisten nicht zu einer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse oder steigenden Wohlstand, sondern zu Überausbeutung und Elend.

Besonders einschneidende Konsequenzen für die Lage der abhängig Beschäftigten und die schwächeren Ökonomien des Planeten hat die Globalisierung der

Finanzmärkte. Während 1971, zum Zeitpunkt der Aufgabe der Goldbindung des Dollar und damit des Zusammenbruchs des 1944 errichteten Systems von Bretton Woods, noch etwa 90 Prozent aller Devisentransaktionen mit der Finanzierung des Handels und von Investitionen verbunden waren und etwa 10 Prozent zu spekulativen Zwecken eingesetzt wurden, sind heute über 90 Prozent aller Transaktionen Spekulationsbewegungen. Die Umsätze an den Devisenmärkten belaufen sich heute auf über zwei Billionen Dollar täglich. Die neuen, spekulativen Finanzprodukte wie futures und swaps hatten bereits Mitte der neunziger Jahre einen Umfang von über 20 Billionen Dollar angenommen. Was koordinierte Angriffe der Spekulation gegen die Währungen einzelner Länder anrichten können, war Ende der neunziger Jahre in Südostasien, in Brasilien, Argentinien und Russland zu sehen.

Die Diktatur der Finanzmärkte, die durch die internationalen Finanzinstitutionen wie IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) verstärkt wird, bewirkt, dass jeder Staat, der Kapital und Investoren anlocken will, seine Wirtschafts-, Steuer-, und Währungspolitik den Forderungen des "Marktes" anzupassen hat. Die internationalen Finanzinstitutionen zwingen den Regierungen ihre "Rezepte" von "Strukturpassungen" auf, was bedeutet, dass Exportorientierung und Tilgung der Auslandsschulden oberste Priorität bekommen müssen. Dadurch erhalten die betroffenen Länder nicht nur eine sehr einseitige und abhängige Wirtschaftsstruktur, sondern die Reformen führen auch zu massiven Einsparungen bei Sozialausgaben und Bildung und verstärken Armut und Unterentwicklung.

Der alte Glaube des sozialdemokratischen Reformismus seit Bernstein, die zunehmende Anhäufung von Reichtum führe quasi naturgesetzlich zum Abbau sozialer Spannungen, zu immer weniger Diktaturen und immer mehr Demokratie, zu immer weniger Kriegen und weniger gewaltsamen Konflikten, hat sich als eine vielfach blutige Illusion erwiesen. Mehr und mehr zeigt sich, dass der Kapitalismus ein Projekt für eine kleine und radikale Minderheit der Weltbevölkerung ist, welches sich die große Mehrheit immer weniger leisten kann, wenn sie überleben will.

Das Gesicht der Barbarei

Für die Mehrheit der Weltbevölkerung hat sich die Lebenssituation in den vergangenen zwanzig Jahren teilweise dramatisch verschlechtert. Wenn es in den industriell entwickelten Ländern Teiche der Armut gibt, dann muss in einem großen Teil der übrigen Welt von riesigen Seen der Armut gesprochen werden. In Afrika, einigen Regionen Asiens und in Lateinamerika ist das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung dramatisch gesunken, und immer größere Teile der Bevölkerung kämpfen ums nackte Überleben. In einigen Teilen Afrikas ist der Staatszerfall soweit fortgeschritten, dass ganze Regionen von (häufig mit multinationalen Konzernen kooperierenden) Warlords beherrscht wer-

den, die sich gegenseitig bekriegen. Seit der tiefen Krise in Südostasien ab 1997 hat auch in dieser Region die Hoffnung auf eine Annäherung des Lebensniveaus an das der reichen OECD-Länder einen schweren und dauerhaften Rückschlag erlitten.

Die Folgen der Jagd nach Profit sparen keinen Bereich des Lebens auf dem Planeten mehr aus.

* Nach den Zahlen des UNDP (United Nations Development Programme – entwicklungspolitische Organisation der Vereinten Nationen) leidet annähernd eine Milliarde Menschen an Hunger, davon sind gut zwei Drittel Frauen. Allein die Zahl der Kinder, die jährlich an Hunger und einfach zu behandelnden Infektionskrankungen sterben, wird von den Hilfsorganisationen auf zwischen 15 und 20 Millionen beziffert. Über ein Drittel der im Süden geborenen Menschen wird das vierzigste Lebensjahr nicht erreichen.

* AIDS breitet sich mit rasender Geschwindigkeit über Afrika, Asien und Lateinamerika aus und trifft auch schon Teile der Bevölkerung Osteuropas. Armut, die Auflösung traditioneller gesellschaftlicher Beziehungen und die Preis- und Patentpolitik der Pharmakonzerne verwandeln die Krankheit besonders im südlichen Afrika in eine soziale Katastrophe, der auch ein Großteil der arbeitsfähigen Bevölkerung zum Opfer fällt.

* Seit vielen Jahren wissen wir über die Gefahren der globalen Erwärmung und des Treibhauseffektes Bescheid. Sturm- und Flutkatastrophen häufen sich, ihre Ursachen sind bekannt: der ungebremst zunehmende Ausstoß von Kohlendioxid, das vor allem durch die Industrie und den motorisierten Individualverkehr freigesetzt wird. Dennoch wird nichts dagegen getan. Im Gegenteil: Die Ölkonzerne können durchsetzen, dass die US-Regierung das wachswenige Protokoll von Kyoto kündigt; die Regierungen vieler Industrieländer machen sich zu willfährigen Bütteln der Automobilindustrie und zerschlagen funktionierende öffentliche Verkehrssysteme zugunsten des privaten Pkw.

* Der Ausbruch von Rinderwahn und Schweine- bzw. Geflügelpest hat den Finger auf den Wahnsinn der industriellen Nahrungsmittelproduktion gelegt, der nur noch durch die Genmanipulation von Saaten und Pflanzen übertroffen wird. Die Nahrungsmittelkonzerne behandeln natürliche Ressourcen und Lebewesen ausschließlich als Produktionsfaktoren; Profit läßt sich mit ihnen machen, wenn sie möglichst schnell vernutzt werden. Für den Menschen sind sie aber Teil seiner Natur, und die kennt einen anderen Rhythmus als den von Kapitalzyklen und Abschreibungsobjekten. Die Lebensmittelkonzerne setzen auf gemeingefährliche Weise die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel. Leben im Kapitalismus ist im Wortsinn lebensgefährlich geworden.

* Und als wäre dies nicht genug, wächst Tag für Tag das Arsenal an Waffen, mit denen sich die Menschheit gleich mehrfach vernichten kann. An die Stelle der

Drohung mit dem atomaren Erstschatz ist nach der Auflösung des Warschauer Pakts die ungehemmte Verbreitung von Landminen, Kleinwaffen, Streubomben und Munition aus abgereichertem Uran getreten. Das sind die Waffen der vielen großen und kleinen Gangster, die auf eigene Faust oder im Auftrag von Regierungen und Militärallianzen wie der NATO Krieg führen – wie eh und je für die Sicherung von Rohstoffen und geostrategischen Interessen. Dies trifft insbesondere auf die Regionen am Persischen Golf und am Kaspischen Meer zu.

Anstelle der versprochenen "Friedensdividende" haben wir nach 1989 mehrere Kriege erlebt, die mit den technologisch entwickeltsten Präzisionswaffen, aber deswegen für die Zivilbevölkerung nicht weniger barbarisch geführt wurden: den Golfkrieg II, den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, den Afghanistan- und den Irak-Krieg. Die Bevölkerungen der kriegführenden Staaten haben sie nur akzeptiert, weil ihnen einge-redet wurde, damit würde der Terrorismus bekämpft, Diktaturen beseitigt und Menschenrechte und Demokratie verteidigt. In allen Fällen zeigt sich, dass kein einziges Problem gelöst wurde; jedoch werden angesichts sich zersetzender Staaten immer deutlicher neokoloniale Verhältnisse errichtet, die große Ähnlichkeit mit den früheren Protektoraten haben.

Freiheit für die Konzerne

Die Zerstörung unserer Gesellschaften und Lebensgrundlagen hat Namen und Gesichter; es sind keine Naturkatastrophen, die über uns hereinbrechen, es ist die logische und nachvollziehbare Folge einer Politik der radikalen Durchsetzung der Marktmechanismen, für die die neoliberale Wirtschaftsschule von Friedrich von Hayek seit den 40er Jahren wirbt und die ab Anfang der 80er Jahre in aller Welt einen Siegeszug ohnegleichen angetreten hat.

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts waren die Wirtschaftsbesitzer in den Industrie- und Kolonialländern mit einem beispiellosen Aufschwung der Arbeiterbewegung, der Studenten- und Jugendbewegungen und der anticolonialen Befreiungsbewegungen konfrontiert, die die Allmacht des Kapitals in Frage stellten; wenig später kam es zur ersten internationalen Rezession der Nachkriegszeit und steigenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals; in England analysierte man diese Entwicklung als "Profiteklemme".

Die neoliberalen Lehren wurden in Chile nach dem Sturz der "Unidad Popular" am 11. September 1973 – unter Aufsicht der "Chicago Boys" um Milton Friedman – unter der Diktatur Pinochets erprobt, bevor sie als die neue Verheißung und Alternative zum Keynesianismus der Nachkriegszeit von Thatcher und Reagan übernommen wurden. Nicht in allen Ländern wurde die liberale Doktrin freiwillig eingeführt: die Länder der Dritten Welt adoptierten sie zumeist unter dem Diktat der Schuldenkrise; ebenso geschah es in Osteuropa nach dem Fall der Mauer. In den meisten

westeuropäischen Ländern wurde sie mit dem Knüppel der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der daraus abgeleiteten Maastricht-Kriterien eingeführt. Hier lernten die Bevölkerungen erst in den 90er Jahren, was es heißt, nach der Pfeife der Interessen großer Konzerne tanzen zu müssen.

Der Siegeszug des Neoliberalismus tarnt sich verschämt hinter dem Begriff "Globalisierung", der einen Sachzwang suggerieren soll, wo es handfeste Akteure und Interessen gibt. Percy Barnevik, der ehemalige Vorstandsvorsitzende eines der mächtigsten Konzerne der Welt, der Asea-Brown-Boveri-Gruppe, formulierte entwaffnend ehrlich: "Ich definiere Globalisierung als die Freiheit unserer Firmengruppe zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und verkaufen, wo sie will, und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere gesellschaftliche Regulierungen so gering wie möglich zu halten."

"Globalisierung" meint in der Tat vor allem die Verschärfung der Konkurrenz und die ungehemmte Durchsetzung von Kapitalinteressen. Der wichtigste Hebel zur Überwindung ihrer "Profitklemme" lag für die exportorientierte Industrie und die Multinationalen Konzerne im Unterlaufen oder der rücksichtslosen Beseitigung aller Einrichtungen, Regularien, Gesetze und Vorkehrungen, die ihre Investitionsfähigkeit irgendwie beeinträchtigen. Dazu gehörten die Existenz des Ostblocks und einer gegenüber dem Ausland abgeschirmten Wirtschaft ebenso wie die sozialen Sicherungsnetze, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa geknüpft worden waren; dazu gehören der Schutz lokaler Märkte in den Ländern des Südens ebenso wie Umwelt- und Arbeitsschutzgesetze in den Ländern des Nordens; dazu gehören Flächentarifverträge, Mitbestimmungsgesetze und Arbeitszeitregelungen ebenso wie Auflagen über die Reinheit von Lebensmitteln (z. B. das Verbot der Einfuhr von hormonbehandeltem Rindfleisch) und die Verpflichtung zur flächendeckenden und preiswerten Versorgung mit Gesundheit, Bildung und Kultur.

Den Konzernen ist es gelungen, durch massive Verschärfung der Standortkonkurrenz die Regierungen der Staaten gefügig zu machen; die Länder der Welt, die nicht dem mainstream neoliberaler Politik folgen, kann man an einer Hand abzählen. Vor allem haben die Multis es verstanden, die supranationalen Institutionen entscheidend zu beeinflussen, die einen wachsenden Teil der weltweiten Wirtschafts- und Finanzpolitik an den meisten gewählten Regierungen vorbei machen: Zentralbanken, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank, Welthandelsorganisation (WTO), EU-Kommission.

In den 70er Jahren war die neue Form des Produzierens auf Freie Produktionszonen und die "Maquilas"* beschränkt. Heute ist sie bis ins Herz der hochindustrialisierten Länder vorgedrungen, wo sie immer größe-

re Bereiche und Regionen mit tarifloser Beschäftigung, gewerkschaftsfreien Zonen und individuellen Arbeitsverträgen schafft. Die Arbeitsbedingungen kommen hier oft Verhältnissen von Sklavenarbeit nahe. In den Anfangszeiten wurden solche Beschäftigungsverhältnisse nur Frauen zugemutet – wobei die Unternehmer darauf aufbauen konnten, dass die patriarchalischen Beziehungen im Kapitalismus Frauen eine eigenständige Existenzgrundlage verweigern, weil sie die Reproduktionsarbeit nicht als Arbeit honorieren. Die Entwicklung zeigt aber, dass die Tendenz zur Deregulierung aller Arbeitsverhältnisse sich auch in Westeuropa nicht auf wenige Wirtschaftszweige beschränkt. Die davon betroffenen Bereiche und die Zahl der ungeschützt Beschäftigten hat in den 90er Jahren auch in der Bundesrepublik stetig zugenommen. Frauen stellen über 90 Prozent dieser Arbeitskräfte, aber sie halten den Männern nur deren Zukunft vor Augen: Schon seit einigen Jahren arbeiten auch WanderarbeiterInnen, MigrantInnen, Flüchtlinge, Studierende, SchülerInnen und gering Qualifizierte in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen.

Diese Entwicklung führt geradewegs zurück ins 19. Jahrhundert, in die Zeit des Verlagskapitalismus** und der Armengesetze, als es keine Gewerkschaften und keine soziale Absicherung gab. Sie unterminiert in den Ländern des Nordens den Sozialstaat und die Gewerkschaften, und sie stellt wesentliche Elemente der bürgerlichen Demokratie in Frage: die Gewaltenteilung, das Prinzip der Repräsentation, die Volkssouveränität, das Recht auf Selbstbestimmung.

Sie verbindet die Niederwerfung aller Grenzen für den Kapitalverkehr mit der Errichtung neuer und willkürlicher Grenzen für Personen. Das Schengener Abkommen teilt die Menschen nach Herkunftsländern und nach ihrer Brauchbarkeit für den hiesigen Arbeitsmarkt ein – und stuft dementsprechend ihre Bürgerrechte ab. Das Prinzip der Gleichheit wird damit außer Kraft gesetzt und der rassistischen Ideologie, die die Ungleichheit des Menschen zu ihrem Ausgangspunkt macht, Tür und Tor geöffnet.

Ursprüngliche Akkumulation im Osten

In der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa ist der Schlachtruf des Neoliberalismus, "Bereichert Euch", von den einheimischen Profiteuren des Zusammenbruchs der bürokratisch gelenkten Wirtschaft willig aufgenommen worden. Teile der ehemaligen Nomenklatura haben sich an die Spitze einer mehr oder weniger wilden Privatisierung der Wirtschaft gestellt. Der Prozess der privaten Aneignung gesellschaftlichen Reichtums – ein Raubzug von historisch seltenen Ausmaßen – erfolgt über Strukturen, die als mafios zu beschreiben den Namensgebern unrecht tut. Aufgeheizt durch nationalistische Abgrenzungen von inneren und äußeren Nachbarn finden hier Neuverteilungskämpfe statt in der Hoffnung, einige Krumen

vom Kuchen abzubekommen. Bilderbuchhaft wird diese Tragödie im ehemaligen Jugoslawien und im früheren Süden der Sowjetunion aufgeführt.

Die "kalte Privatisierung" der Reichtümer Russlands und seine partielle Integration in den Weltmarkt verschärfen die aus der stalinistischen Industrialisierungspolitik ererbten Ungleichgewichte mit dem extremen Übergewicht der Schwerindustrie: Das Land wird mehr und mehr zu einem Drittweltland vergleichbaren Exporteur von Energie (Erdöl und Erdgas) und Metallen, wobei die ökologische Bilanz jeder Beschreibung spottet. Schwerindustrielle Kombinate überleben dank eines komplizierten Systems von Tauschbeziehungen mit der Region, während es unter dem Druck der Interessen der "Paten" und der billigen Konkurrenz aus dem Westen nicht gelingt, die Sektoren der Leicht- und der Konsumgüterindustrie gezielt zu entwickeln.

In den wenigen Ländern, die noch von einer "kommunistischen" Partei regiert werden wie China und Vietnam, ist es zwar gelungen, den nationalen Zusammenhang beizubehalten. Mit der Einführung liberaler Modelle der Wirtschaftsentwicklung und von "Sonderzonen" nehmen die sozialen Spannungen durch Massenarmut und Landflucht aber täglich zu. Die Arbeitsverhältnisse sind vergleichbar mit denen in den lateinamerikanischen "Maquilas".

In unserer unmittelbaren Nachbarschaft, in den Ländern Osteuropas, hat das Diktat der Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF zur Brachlegung ganzer Wirtschaftszweige, zum sprunghaften Anwachsen der Arbeitslosigkeit und zu einer neuen Kolonialisierung geführt: Westliche Konzerne üben eine direkte Kontrolle über Finanzdienstleistungen (Banken), Handelsketten, Verlage und große Betriebe aus; über den IWF und inzwischen mehr noch über die EU, deren Assoziationsverträge und Beitrittsbedingungen, greifen westliche Regierungen direkt in die wirtschaftlichen und sozialen Belange dieser Länder ein, die damit keine Chance auf eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung haben. Mehr und mehr wird Osteuropa zu einer verlängerten Werkbank des Westens ohne eigene industrielle Basis und zu einem Reservoir billiger Arbeitskräfte umgebaut.

* maquilas oder maquiladoras werden in Mexiko und in Mittelamerika die Fabriken genannt, die zuerst in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Norden von Mexiko, entlang der Grenze zu den USA aufgekomen sind und in den achtziger und neunziger Jahren auch in mittelamerikanischen Ländern oder Indonesien, China usw. in "freien Produktionszonen" eingerichtet wurden. Im Auftrag von ausländischen Firmen werden z. B. Textilien gefertigt, einheimisch sind nur die Arbeitskräfte (oft junge Frauen), Material, Maschinen und Management werden importiert, produziert wird für die Märkte in den USA, Westeuropa, Japan. Vielfach gelten Ausnahmen von der Arbeits- und Steuergesetzgebung des Landes, werden Gewerk-

schaften nicht zugelassen und herrschende schikanöse Bedingungen.

** Eine Form des Frühkapitalismus, die für den Übergang vom Handwerk zum Fabrikbetrieb steht und durch gewerbliche Heimarbeit gekennzeichnet ist. Ein Verleger führt den Absatz der in Heimarbeit hergestellten Erzeugnisse durch, häufig stellt er auch Rohstoffe und Maschinen zur Verfügung.

Ein Protest geht um die Welt

Die Proteste gegen die kapitalistische Globalisierung nähren sich aus einer Vielzahl sozialer Bewegungen und Kampagnen, die ihre Wurzeln zumeist in den 70er und 80er Jahren haben: Bauern setzen sich gegen die Kontrolle der multinationalen Konzerne über Wasser, Saatgut und Biodiversität zur Wehr und streiten für die gesunde Qualität von Lebensmitteln und das Recht der Kleinbauern, die örtlich und regional ansässige Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen zu können - d. h. von Nahrungsmittelimporten unabhängig zu sein.

In den "freien Produktionszonen" erkämpfen Frauen das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und auf die elementarsten Arbeitsschutzbestimmungen, welche die Arbeiterbewegung in den Industrieländern in über 100 Jahren erstritten hat. Studierende an US-amerikanischen Hochschulen machen in Solidaritätskampagnen darauf aufmerksam, unter welchen Bedingungen die T-Shirts und Sportschuhe, die sie tragen, in Südostasien hergestellt werden, aber auch unter welchen Bedingungen Reinigungsfrauen auf ihrem Campus arbeiten.

Kampagnen für die Streichung der Schulden der Länder des Südens beleben den Ansatz internationaler Solidarität. Die Privatisierung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Gesundheit, Renten, Bildung, Versorgung mit Trinkwasser und vielen anderen Bereichen stoßen in so gut wie allen Ländern auf hartnäckigen Widerstand.

Alle diese Bewegungen erkennen, dass letzten Endes die Quelle dieser Politik in Entscheidungen der internationalen Handels- und Finanzinstitutionen zu finden ist, die nur von den Regierungen der mächtigsten Länder, kaum von den nationalen Parlamenten und schon gar nicht von den Bevölkerungen beeinflussbar sind, sondern wesentlich von den großen multinationalen Konzernen. So geht es mit der Liberalisierung der Agrarpolitik im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), mit der Durchsetzung des Dienstleistungsabkommens GATS, beim Abkommen über die Rechte an geistigem Eigentum (Trips) und anderen Handelsabkommen, die bestimmte Wirtschaftsbereiche oder Regionen/Kontinente betreffen und die nur einen Sinn haben: den Konzernen zu ermöglichen, dass sie auf Kosten von KleinproduzentInnen ihre Produkte verkaufen, oder mit öffentlichen Gütern privaten Profit machen können.

Der Aufstand der Zapatistas am 1. Januar 1994 wird allgemein als Wendepunkt betrachtet, der weltweit einen neuen Aufstieg der sozialen und Klassenkämpfe eingeläutet hat, nach zwei Jahrzehnten Rückgang und Niederlagen.

Den länderübergreifenden Auftakt bildete 1996 die Kampagne gegen das MAI (Multilaterales Investitionsabkommen), das erfolgreich zu Fall gebracht werden konnte; 1997 kamen die Proteste gegen die EU

hinzu, die zunächst von der Erwerbslosenbewegung, nunmehr aber zum Teil auch von der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und der Friedensbewegung getragen werden; zu den Protesten gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (oder TLCAN) gesellten sich später die gegen das panamerikanische Freihandelsabkommen ALCA (oder FTAA); schließlich der Widerstand gegen die WTO selbst, deren Millenniumsrunde in Seattle im November 1999 am Widerstand der DemonstrantInnen scheiterte.

Die neue Bewegung zeichnet sich nicht allein durch die große Vielfalt ihrer Akteure und Akteurinnen, sondern auch durch ihren von Anfang an internationalen Charakter aus. Das Verständnis von Internationalismus hat sich seit den 70er Jahren grundlegend gewandelt. Auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre erklärte der Vertreter einer Nicht-Regierungsorganisation aus Mexiko in Hinblick auf Lateinamerika: "Wir glauben nicht mehr, dass die Antwort auf den Imperialismus aus einem Land oder einer Region kommt, sie kommt aus dem gemeinsamen Kampf von Nord und Süd."

In Europa hat dieser Kampf in den die Dezemberstreiks im öffentlichen Dienst in Frankreich 1995/96 und den Protesten gegen die G 8 im Juni 2001 in Genua erste Höhepunkte erfahren. Seither haben sich die Proteste verdichtet: die internationalen Institutionen sind längst nicht mehr der einzige oder der Hauptadressat. Der Kampf gegen den Abbau der sozialen Sicherungssysteme, gegen Erwerbslosigkeit und Massenentlassungen, gegen die Schuldknechtschaft hat den Charakter sozialer Massenproteste angenommen, die international verbreitet sind. In Südeuropa war 2002 das Jahr der Generalstreiks gegen die Aushöhlung des Kündigungsschutzes. 2003 richteten sich Generalstreiks gegen die Privatisierung der Altersvorsorge.

Diese Dynamik setzt erneut die Frage nach den Machtverhältnissen und deren Veränderung auf die Tagesordnung; damit natürlich auch die Frage nach den gesellschaftlichen Alternativen, die wir anstreben. Die Bewegung der Sozialforen hat darauf mit einer verstärkten Koordination der sozialen Bewegungen reagiert, die es darauf anlegt, internationale Handlungsfähigkeit im außerparlamentarischen Kampf zu erreichen. Aber eine neue Strategiedebatte, die überschaubare Kampfziele formuliert, steht noch weitgehend aus.

Viele Aktive in den Bewegungen fragen manchmal resigniert, was es bringt, da es doch scheint, als könne nichts die Herrschaft der Neoliberalen ins Wanken bringen. Sie übersehen die Erfolge, die die Bewegung jetzt schon für sich verbuchen kann: die nachhaltige Delegitimierung und Krise des neoliberalen Ansatzes, die die Möglichkeit eröffnet, die ideologische Hegemonie des Liberalismus über die Massen zu brechen und Alternativen überhaupt erst zu einer sichtbaren Notwendigkeit zu machen; die Spaltung innerhalb der herrschenden Eliten in den Ländern des Nordens; der Aufbau neuer gemeinsamer Strukturen auf Weltebene;

die Herausbildung der Sozialforumsbewegung als eines gemeinsamen Bezugspunktes für viele, die diese Welt verändern wollen; überhaupt die Wiederentdeckung verloren geglaubter Werte wie die Einheit der Bewegung in ihrer Vielfalt, die Selbsttätigkeit als Voraussetzung für demokratisches Handeln und Emanzipation und dergleichen mehr.

Andererseits sind auch noch enorme Wegstrecken zurückzulegen: in der Zusammenarbeit der verschiedenen Bewegungen; in der Durchsetzung neuer Arbeitsweisen und eines neuen Politikstils, der Transparenz, Pluralismus, Kreativität und gemeinsame Strategiebildung miteinander kombiniert und durch den Demokratie für breite Massen eine neue Bedeutung erhält; in der Gewinnung neuer Bevölkerungsschichten für diesen Kampf und somit dem Aufbau eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, das sich schließlich zu Gunsten der Lohnabhängigen bewegt. Das kann man nicht an einem Tag, nicht durch eine Protestaktion leisten. 20 Jahre lang sind Errungenschaften der Arbeiterbewegung unter Beschuss genommen und ihre Stellungen erheblich geschwächt worden. Diesen Trend umzukehren, ist eine langfristige Aufgabe.

Eine neue Stufe der Globalisierung

Die Anschläge auf das World Trade Center und der angekündigte "lang anhaltende Krieg gegen den Terrorismus" haben die äußeren Bedingungen für die globalisierungskritische Bewegung erheblich verändert. Zwar ist es ihr gelungen, den Zustand der Sprachlosigkeit relativ schnell zu überwinden und bloßzulegen, dass mit dem "Kampf gegen den Terror" weniger reale terroristische Netzwerke als all die Kräfte und Staaten gemeint sind, die sich dem Willen der USA nicht unterordnen wollen - mithin in letzter Instanz auch die globalisierungskritische Bewegung selbst. Zwar ist es ihr gelungen, im Krieg gegen den Irak für ihren Standpunkt "Kein Blut für Öl" die große Mehrheit der Weltbevölkerung hinter sich zu bringen - und dies in einer einmaligen weltweiten gemeinsamen Mobilisierung am 15. Februar 2003 sichtbar zu machen.

In erster Linie wird der neue Dauerkriegszustand jedoch als eine Kampfansage der herrschenden Klasse und politischen Elite in den USA diskutiert: an bestimmte "unbotmäßige" Herrscher in strategisch wichtigen Regionen der Welt, aber auch an imperialistische Rivalen in Europa oder Ostasien (Japan/China). Daraus wird ein Antagonismus zwischen den Interessen auf beiden Seiten des Atlantik abgeleitet, der in seiner überspitzten Form dazu drängt, jeweils für eine Seite als der "guten" Partei zu ergreifen: seien dies das "alte Europa" oder das "Amerika als Garant der Demokratie".

Hat in der Phase vor dem 11. September die Kritik an der kapitalistischen Globalisierung häufig von der nationalstaatlichen Form, die sie für ihre Entfaltung benötigte, abstrahiert und so getan, als seien die Staa-

ten im Verhältnis zu den Konzernen zu willenslosen Handlangern verkommen, so hat sich nach dem 11. September, besonders aber nach dem Angriff auf den Irak das Bild vollständig geändert: Nunmehr wird die Kritik an den internationalen Finanzinstitutionen von der Kritik am Unilateralismus der US-Regierung überlagert; Globalisierung scheint synonym mit US-Imperialismus zu werden.

Während eine solche Wahrnehmung in den Teilen der Welt, die unter der direkten ökonomischen wie militärischen Herrschaft der USA stehen, gerechtfertigt ist, führt sie in Europa zu einem Zerrbild. Es besteht die Gefahr, dass die globalisierungskritische Bewegung ihren Ansatz verkürzt und statt einer "Globalisierung von unten" nunmehr regionalen Alternativen das Wort spricht.

Bisher ist es noch nicht gelungen, einen zufriedenstellenden Zusammenhang zwischen der neoliberalen Offensive der 80er und 90er Jahre und der Tendenz zur Militarisierung der Konflikte in ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends herzustellen. Dies zu leisten wird eine Voraussetzung dafür sein, dass die globalisierungskritische Bewegung ihren internationalistischen und anti-neoliberalen, tendenziell antikapitalistischen Impuls bewahren und ausbauen kann, obwohl die Kriege in die Richtung einer Ethnisierung und Regionalisierung der Konflikte und entsprechender Scheinlösungen drängen. Auf dem Spiel steht nicht mehr und nicht weniger als der emanzipatorische Charakter der neuen Bewegung: Wird sie dem Imperativ der Konkurrenz um die Kontrolle von Ressourcen und Einflussbereichen letztlich unterliegen - und damit den Weg der Sozialdemokratie gehen -, oder wird sie dieser Logik widerstehen und dem Gebot der Kooperation und der Solidarität weltweit zur Durchsetzung verhelfen?

Die Entscheidung, vor der wir heute stehen, ist letztlich keine andere als zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts auch: Sozialismus oder Barbarei.

Der neue Kriegskurs der USA, der sich in den 90er Jahren (nach dem Fall der Mauer und infolge des Wegbrechens der Sowjetunion als strategischer Rivale) sukzessive aufgebaut hat, ist eine Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Expansionskurses, der dem Konzept der Globalisierung selbst inhärent ist. Analog zu der Definition von Percy Barnevik, stellvertretend für seine Kollegen in anderen Konzernetagen, der Globalisierung als die Freiheit, überall zu eigenen Bedingungen investieren zu können, kann man die neue nationale Sicherheitsdoktrin der USA als die Freiheit definieren, überall militärisch zuschlagen zu können.

Der wirtschaftliche Konkurrenzkampf, den die neoliberale Lehre zu einem globalen, alle Gesellschaften regierenden Gebot ausbauen möchte, mündet irgendwann in einen militärischen Konflikt, der jedoch die Gefahr eines neuen Weltkrieges in sich trägt, welcher nie da gewesene Zerstörungen mit sich brächte und die menschliche Zivilisation der Gefahr der Selbstver-

nichtung aussetzte. Dieselben Konzerne, die in der WTO auch noch die letzten Hindernisse für private Investitionen und Gewinne niederreißen möchten, bereichern sich ungeniert an den imperialen Kriegen, und sei es, um wiederaufbauen zu können, was die Kollegen von der Rüstungsindustrie niedrigergerissen haben. Aber diese neue Stufe der Gewinnschöpfung beschränkt sich nicht auf US-Konzerne; europäische Konzerne drängen massiv darauf, dass die EU aufrüstet, damit sie durch die militärische Vormacht der USA nicht ins Hintertreffen geraten. Die EU beschleunigt ihre Drift zu einer starken Militärmacht neben den USA. So wird aus der wirtschaftlichen Konkurrenz um Weltmarktanteile eine militärische Konkurrenz. Oder anders ausgedrückt: Wir erleben jetzt eine neue Stufe der Globalisierung, nämlich die militärische.

Für den neuen Kriegskurs gibt es eine ganze Reihe von Gründen, die längst nicht ausreichend ausgeleuchtet sind: die Kontrolle fremder Ressourcen, auch nach dem Zerfall von Staaten, der Einbruch der New Economy und die Drohung einer anhaltenden schweren Wirtschaftskrise, die Kontrolle des Ölpreises und damit teilweise des Dollarkurses, die Etablierung einer militärisch unanfechtbaren Supermacht, die gerade dadurch ihre Konkurrenten herausfordert, usw. Die "Einheit" des von den USA geschmiedeten Bündnisses beruht im wesentlichen darauf, dass die verbündeten Länder des Nordens hoffen, im neuen Machtpoker ihren weltweiten Einfluss durch erhöhten militärischen Einsatz vergrößern zu können; Länder im arabischen Raum und im Osten hoffen, sich mit ihrer Hilfe bisher ungelöster innenpolitischer Probleme zu entledigen bzw. finanziell großzügig entgolten zu werden.

Je länger jedoch die Wirtschaftskrise und der Kriegskurs anhalten, desto stärker werden sich die Widersprüche zwischen den großen Wirtschaftsblöcken, aber auch mit Rußland und China, mit der islamischen Welt und den Ländern des Südens zuspitzen. In dem Maße, wie die Politik der USA öffentlich unter Kritik gerät, werden regionale "Lösungen" wie der Aufbau einer europäischen Interventionsarmee, die unabhängig von den militärischen Einrichtungen der NATO agieren kann, und der Aufbau einer europäischen Weltpolizei an Glaubwürdigkeit gewinnen. Die Globalisierung der Konkurrenz wird im militärischen Bereich zu einer verstärkten Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und zu einer Herabsetzung der Schwelle ihres Einsatzes führen.

Ebenso wenig wie die Durchsetzung des Freihandels in aller Welt nur das Werk der US-Konzerne war, wird der Einsatz militärischer Mittel im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf nur das Werk der US-Regierung bleiben. Wir können uns deshalb nicht auf eine "gute Seite" schlagen, sondern müssen das Prinzip der globalen Konkurrenz als dem Regulationsmechanismus gesellschaftlicher Interessen als solches in Frage stellen.

Keynesianismus ist keine Alternative

Wir teilen mit Verfechtern einer nachfrageorientierten, staatsinterventionistischen Wirtschaftspolitik einige wichtige Forderungen: vor allem die nach Umverteilung des Reichtums von oben nach unten und nach einer grundlegenden Neuverteilung der Arbeit. Doch hat dieser Ansatz starke Beschränkungen.

1. Anders als vor dem Ersten Weltkrieg spielt sich die Militarisierung der globalen Durchsetzung des Freihandels heute vor dem Hintergrund einer heraufziehenden tiefen Wirtschaftskrise ab, die absehbar von keinem vorübergehenden technologischen Boom mehr abgefedert werden kann, wie dies mit dem IT-Boom der Fall war. Aussichten auf ein länger anhaltendes Wirtschaftswachstum gibt es nirgends mehr.

Der Produktivitätsfortschritt in den letzten Jahrzehnten ist derart, dass ein moderates Wirtschaftswachstum nicht mehr ausreicht, um nach dem alten Muster Vollbeschäftigung zu erzielen. Selbst die Übernahme des ostdeutschen Marktes durch die westdeutschen Konzerne nach 1989 (immerhin ein Markt von knapp 17 Millionen Menschen) hat nicht ausgereicht, die Erwerbslosigkeit Anfang der 90er Jahre nennenswert abzubauen. D. h. das klassische Mittel der keynesianischen Kritiker des Neoliberalismus, die Ankurbelung der Binnennachfrage, wäre ein Tropfen auf dem heißen Stein und könnte die tiefgreifenden Umwälzungen, die die neoliberale Offensive der 80er Jahre mit sich gebracht hat, nicht mehr auffangen, bzw. die durch sie aufgeworfenen Probleme nicht lösen.

Die Wirtschaftskrise, die wir erleben, ist eine Überproduktionskrise. Wir werden arm, weil wir zu viele Waren produzieren, nicht zu wenige. Der ungeheuren Ansammlung an Warenmengen steht keine zahlungsfähige Kaufkraft mehr gegenüber, und selbst wenn dies der Fall wäre, würde unsere Lebensqualität kaum gesteigert werden. Arm sind wir vor allem an öffentlichen Dienstleistungen, die dem Einzelnen eine Entfaltung seiner Persönlichkeit in beruflicher wie in sozialer Hinsicht ermöglichen: Bildung, Sport, Entfaltung von Kreativität und Eigeninitiative, Gesundheit, schonender Umgang mit der Umwelt, kulturelle Entwicklung, Zeit für Kinder und alte Menschen, Vorrang für die reproduktiven Seiten des menschlichen Lebens... Das sind alles Tätigkeiten, die nicht den Kriterien der Warenproduktion entsprechen und Fähigkeiten, die verkümmern, wenn sie durch Warenbeziehungen ersetzt werden.

Der Übergang zu einer solchen Wirtschaftsweise erfordert einen Bruch mit Logik der Warenproduktion, d. h. der Produktion um des privaten Profits willen, der mit Dienstleistungen in aller Regel nicht zu machen ist, sofern diese flächendeckend für alle angeboten werden, und nicht nur für eine kleine, zahlungskräftige Minderheit. Tatsächlich steht der von den neoliberalen Ideologen verheißene Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft ja aus: Zwar geht die Industrieproduktion relativ zurück, aber das Wachstum an Dienstleistungen, das es in den

letzten Jahren gegeben hat, war vor allem ein Wachstum an Finanzdienstleistungen und Derivaten.*

Wir würden also besser dastehen, wenn wir den gesellschaftlichen Reichtum (das Bruttosozialprodukt) nicht mehr nach der Menge an hergestellten Waren, sondern nach der Menge und Qualität der erbrachten Dienstleistungen aller Art messen würden, darunter auch solche, die heute nicht bezahlt werden, aber für die Gesellschaft unerlässlich sind, so dass sie unbedingt honoriert werden müssten: die Sorge um Alte und Pflegebedürftige, die heute weitgehend ehrenamtlich wahrgenommen wird; die Kindererziehung, für die sich Eltern qualifizieren können müssen; Beratungstätigkeiten aller Art - die Hilfe zur Selbsthilfe; Angebote zur Freizeitgestaltung; die Beseitigung der Schäden durch die jetzige Wirtschaftsweise (Umweltschäden, soziale Schäden); kulturelle Angebote usw.

In all diesen Bereichen muss die Bewertung von Arbeit gänzlich neuen Maßstäben folgen. Viele gesellschaftlich nützliche Arbeiten finden heute keine Anerkennung, insbesondere Dienstleistungen, die auf den "privaten" Bereich abgeschoben werden.

Solange Güter knapp sind, werden sie - wenn eine Zuteilungswirtschaft vermieden werden soll - weiterhin marktförmig verteilt werden. Aber befreit vom Diktat, immer noch Waren produzieren zu müssen (und damit Profit zu machen), wird ein wachsender Teil des gesellschaftlichen Reichtums nach den Kriterien der tatsächlichen Bedürfnisse verteilt werden können - angefangen bei öffentlichen Dienstleistungen, Grundnahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Gebrauchs.

Eine solche Reorientierung der Wirtschaft nach dem tatsächlichen Bedarf (z. B. indem man im vorhinein, nicht im nachhinein ermittelt und "just in time" produziert) verabschiedet sich zwangsläufig von den Wirtschaftsschulen, die miteinander um die Frage konkurrieren, auf welchem Weg das Wirtschaftswachstum am ehesten in die Höhe zu treiben sei. Die derzeitige Diskussion orientiert sich ausschließlich an Wirtschaftszahlen (und an den Interessen bestimmter Produzentengruppen) und geht an den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen weit vorbei. Letztlich mögen einige zur Schlussfolgerung kommen, unter den derzeitigen Bedingungen sei Wirtschaftswachstum nur noch um den Preis einer massiven Rüstungsproduktion (Militarisierung des Weltraums) zu haben. Sie wäre nicht weniger menschenfeindlich als das jetzige neoliberale Dogma.

2. Eine Wirtschaftsordnung, die sich nach dem Bedarf der Menschen richtet, erfordert dringend auch eine Korrektur der sog. internationalen Arbeitsteilung, die sich unter dem Diktat der neoliberalen Globalisierung herausgebildet hat und gegen die die Bevölkerung des Südens berechtigterweise Sturm läuft. Das fängt damit an, dass wir sie nicht länger zwingen, Nahrungsmittel für unseren Luxusbedarf anstelle von Nahrungsmitteln für ihre Grundversorgung herzustellen; dass wir ihnen nicht länger verwehren, ihre Rohstoffe selber zu ver-

edeln und im fertigen Zustand an uns zu verkaufen; und dass wir uns ihre Rohstoffe nicht auf räuberische Weise aneignen. Hier brauchen wir in der Tat eine neue Weltwirtschaftsordnung, die auf der internationalen Kooperation und auf der grundsätzlichen Gleichheit aller Wirtschaftspartner beruht. Wir können eine solche nicht dekretieren, sondern müssen sie aushandeln.

Wir lehnen deshalb jede Form von protektionistischen Lösungen für die Länder des Nordens ab; wir lehnen es ab, auf Kosten von anderen Wohlstandinseln zu schaffen. Die Frage der weltweiten Verteilung des Reichtums und der Ressourcen ist für jede wirtschaftliche Neuordnung absolut zentral.

Wir treten ein für die bedingungslose Streichung der Schulden der Länder des Südens, für die Zahlung von Entschädigungen für die Folgen von Sklaverei, Kolonialismus und Imperialismus und somit für einen Ressourcentransfer von Norden nach Süden, nachdem ein großer Teil unseres Reichtums seit dem Beginn der europäischen Expansion auf dem umgekehrten Transfer beruht. Um dies zu regeln, brauchen wir internationale Institutionen, die gänzlich anders funktionieren und zusammengesetzt sind als die bestehenden.

3. Die dritte Kritik am keynesianischen Ansatz betrifft seine Fixiertheit auf staatliche Institutionen und die bestehenden gesellschaftlichen Kräfte als Träger von Veränderungen (ein privates Unternehmertum, das die wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen bestimmt; eine lohnabhängige Klasse ohne Entscheidungsmöglichkeiten in den wesentlichen Fragen). Wir hingegen sind der Auffassung, dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nur möglich sind, wenn diejenigen, die eine andere Wirtschaftsweise brauchen, alle Möglichkeiten erhalten, sich nicht nur als ProduzentInnen, sondern auch als Entscheidungsträger über Investitionen betätigen zu können. In diesem Sinne halten wir den brasilianischen Ansatz einer Beteiligungsdemokratie (Porto Alegre) für sehr nachahmenswert.

Alle oben angeschnittenen Fragen sind letztlich Machtfragen; beim heutigen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit wäre nicht einmal die Wiederherstellung der bruttolohnbezogenen Rente oder eine Anhebung des Regelsatzes in der Sozialhilfe möglich, ohne dass es zugleich zu schweren Konflikten mit dem Unternehmerlager und der Regierung käme; solche Kämpfe wären außerdem einer orchestrierten Desinformationskampagne fast der gesamten Medienlandschaft ausgesetzt, wie der Streik der IG Metall um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland zeigte. Es gibt unter gegebenen Bedingungen keinen Spielraum für Reformen mehr (Oskar Lafontaine musste es am eigenen Leib erfahren) - das macht den keynesianischen Ansatz letztlich unglaubwürdig und wirft zugleich die strategische Frage auf, wie die Lohnabhängigen eine solche Auseinandersetzung für sich entscheiden können.

Die Klassenfrage bleibt zentral

ArbeiterInnenklasse, gesellschaftliche Normalität und radikaler Systemwechsel

Als vor einigen Jahren im Entwurf zu einem neuen Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Behauptung aufgestellt wurde, der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital wäre nicht mehr der entscheidende Gegensatz in der modernen Gesellschaft, blieb der Widerspruch sehr schwach. Ein Teil der gesellschaftlichen Opposition tröstete sich mit "neuen" Analysen: die Linke innerhalb der grünen und ökologisch motivierten Bewegung verteidigte ihre Auffassung, dass "Menschheits"- oder "Gattungsfragen" zum wichtigsten Ausgangspunkt für gesellschaftliche Veränderung geworden wären. Andere, kleinere linke Strömungen theoretisierten einen bereits final fortgeschrittenen Verfaulungsprozess der kapitalistischen Produktionsweise, ein Absterben der "Arbeit" und eine gesellschaftliche Polarisierung an der Frage, ob an diesem System weiter mitgewirkt werden solle. "Post-politische" Verweigerungsbewegung stünde gegen die kollektive Mitmachgemeinschaft aus Kapital, Industriearbeiterschaft, traditioneller Linker und Gewerkschaftsbewegung. Drittens tauchten auch in der globalisierungskritischen Bewegung nicht gerade neue theoretische Ansätze auf: der Widerspruch zwischen Reich und Arm, zwischen Nord und Süd, zwischen "Multitude und Empire" wären Schlüsselfragen, kombiniert mit neuen Erklärungsversuchen, wie die Ausbeutung funktioniert und warum das von Marx formulierte Wertgesetz seine überragende Gültigkeit verloren hätte.

Geradezu mit Leidenschaft wurde die Behauptung von der Entschärfung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital von der Sozialdemokratie aufgegriffen und fortgeschrieben. Eine ganze Generation neuer sozialdemokratischer Führer definierte sich über die erneute Auflage einer "Dritte-Weg-Theorie". New Labour, die Schröder-SPD und fast alle übrigen europäischen Parteien der Sozialistischen Internationale spürten Aufwind, eine schnöde Rechtsentwicklung und Unterwerfung unter die bürgerliche Politik als modern verkaufen zu können. Ihr kurzfristiger "Erfolg", in fast allen Ländern Europas die Regierung zu stellen oder zu führen, ist schon wieder verblasst. Mehr als eine traurige Episode der unendlichen Geschichte sozialdemokratischer Unterwerfung unter das Diktat der Konzerne und Militärstrategen der Bourgeoisie ist es nicht geworden. Aber es hat aus deutscher Sicht immerhin dazu geführt, dass ein großer Teil der Grünen, der Gewerkschaftsbewegung und aktuell auch der PDS wieder brav in den von der SPD getrampelten Pfaden stapft. Nimmt man dazu die historisch gesehen verbrecherische Großtat der SPD, dem deutschen Imperialismus die Tür zu neuer unbremster Großmachtspolitik und militärischen Weltinsätzen geöffnet zu haben, so scheint diese Episode

sozialdemokratischer Politik aus der Sicht der Herrschenden glänzend abgeschlossen zu sein.

Für die isl ist der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital nach wie vor die entscheidende Frage über die Zukunft der Menschheit - was nicht bedeutet, dass es der einzige Widerspruch sei, der unsere Gesellschaften durchzieht. Seine Bedeutung nimmt nicht ab, sondern kontinuierlich zu. Sämtliche gesellschaftlichen Probleme sind nur richtig einzuordnen und zu lösen, wenn sie im Kontext dieses Widerspruchs gesehen werden. Wenn beispielsweise ein Konzern wie Siemens heute weltweit 480 000 Lohnabhängige und die davon abhängigen Familien sowie zahllose Zulieferer in 190 Ländern ausbeutet oder wenn der Vorstandsvorsitzende von Nestlé sich damit brüstet, sein Konzern hätte unmittelbaren Einfluss auf den Geschmack (!) von 2 Milliarden Menschen, wird deutlich, dass Produktion und Konsumtion auf dem gesamten Globus überwiegend unter der Herrschaft des Kapitals ablaufen und die Menschen mit ihrer persönlichen und kollektiven, sexuellen, politischen und kulturellen Bewegungssehnsucht davon bestimmt werden.

Die Lohnarbeit nimmt nicht ab, und die "Arbeit" stirbt nicht ab. Die absolute Zahl der Menschen, die ihre Existenz nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft sichern können, wächst kontinuierlich. Das gilt unabhängig von der konkreten Form der Lohnabhängigkeit: ob Fabrikarbeit, Verwaltungs- oder Dienstleistungsarbeit in Büros, Landarbeit, Tagelöhnerarbeit, Scheinselbständigkeit (Ich-AGs) oder zeitweise Erwerbslosigkeit. Heute ist bereits die Mehrheit der Weltbevölkerung ganz oder teilweise direkt lohnabhängig.

Nur scheinbar im Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass gleichzeitig die Erwerbslosigkeit zunimmt. Aber auch Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt sind, sind immer noch Teil der lohnabhängigen Klasse: nämlich dazu verdammt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können. Die Tendenz, die man in Gewerkschaften wie auch in der Erwerbslosenbewegung antrifft, Erwerbslose nicht mehr als Teil der Arbeiterklasse zu begreifen, ist falsch und vertieft die Spaltung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, die die Gewerkschaften seit Beginn der Wirtschaftskrise in den 70er Jahren so massiv geschwächt hat.

Die ursprüngliche Akkumulation von Kapital, mit anderen Worten: Die Enteignung von unmittelbaren ProduzentInnen und ihre Verwandlung in LohnarbeiterInnen bestimmt auch heute noch die Entwicklung in vielen Teilen der Erde. In den früheren staatsbürokratisch gelenkten Wirtschaften Osteuropas und Asiens, die keinen Privatbesitz an großen Produktionsmitteln und keinen "Arbeitskräftemarkt" kannten, findet sie flächendeckend statt, mit dem Ergebnis einer gigantischen Privatisierung und Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in sehr wenigen Händen, der Entwürdigung von Millionen gut ausgebildeter Menschen, gesellschaftlicher Massenarmut und einer Bru-

talität der neuen Kapitalistenklasse, wie wir sie in Westeuropa aus früheren Jahrhunderten kennen.

Der Konflikt, der abhängig Beschäftigte hierzulande gegen Unternehmensleitungen und die ihre Interessen exekutierenden Regierungen bringt, ist grundsätzlich derselbe, der die ArbeiterInnen und Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in den Ländern des Südens gegen die großen Konzerne aus dem Norden aufbringt. Nur weil dies so ist, weil es hier eine objektive gemeinsame Interessenbasis gibt, haben sich so verschiedene Gesellschaftsgruppen und Bevölkerungsschichten aus allen Erdteilen in einem gemeinsamen Weltsozialforum zusammenfinden können. Das Sozialforum ist der unmittelbare Ausdruck dieses gemeinsamen Nenners.

Wir akzeptieren nur diese ökonomisch begründete Definition der ArbeiterInnenklasse als der Klasse, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen ist. Es ist der meist verbreitete und politisch folgenreichste Fehler linker Gesellschaftsanalyse, diese objektive Definition durch subjektive und "politische" Begriffe zu ersetzen. Er ist immer Ausgangspunkt mehr oder weniger folgenreicher Fehlstrategien, die die Welt nach ihren jeweiligen politischen Wünschen und Interessen formen wollen und dabei die Menschen zu BefürworterInnen oder GegnerInnen ihrer jeweiligen Glaubensgemeinschaft degradieren. Hier treffen sich Sozialdemokraten, die anstelle von ArbeiterInnen nur noch "Arbeitnehmer", "Sozialpartner" oder gar Teile einer "Wertschöpfungsgemeinschaft" kennt, mit der Ultralinken, die als Arbeiter nur noch den politisch bewussten revolutionären Proleten anerkennen, der notfalls, weil in der Realität zu wenig vorhanden, schriftstellerisch vermehrt werden muss, um seinen Beitrag zu den sich angeblich ständig verschärfenden Widersprüchen leisten zu können.

Konstitutiv für die Existenz des Kapitalismus ist weder die Aneignung von massenhafter unbezahlter Arbeitskraft, noch die reproduktive Arbeit überwiegend von Frauen, noch die Vernutzung und Vergewandung natürlicher Ressourcen. Ganz sicher konnte und kann der Kapitalismus ohne diese Faktoren nicht existieren, aber Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Aneignung unbezahlter - produktiver wie reproduktiver - Arbeit konnten und können auch ohne kapitalistische Produktionsweise stattfinden. Erst die Verwandlung der Arbeitskraft in eine frei verkaufbare Ware schafft die spezifisch kapitalistische Produktionsweise, die bis heute den Erdball und alle gesellschaftlichen Bereiche dominiert.

Ohne die Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft in eine Ware und ohne die Aneignung des durch sie geschaffenen Mehrwerts kann die kapitalistische Produktionsweise nicht existieren. Das beweist die Tendenz des Kapitals, seiner Verwertung immer weitere gesellschaftliche Bereiche unterzuordnen (bisher öffentliche Dienstleistungen, Leistungen der Daseinsvorsorge, gemeinschaftliche Ressourcen in Ländern des Südens).

Eine grundsätzliche Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse muss deshalb an der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Lohnarbeit ansetzen. Daraus ergeben sich zwingend politische und organisatorische Schlussfolgerungen:

- Die Befreiung der Menschheit vom Diktat des Kapitals und der Lohnarbeit ist ihrem Inhalt nach eine Welt umspannende, internationale Aufgabe.

- Die Befreiung vom Diktat des Kapitals und der Lohnarbeit kann nur gelingen, wenn sie Projekt von und für die überwältigende Mehrheit der Menschen ist; jegliche Form von Stellvertreteraktionen, Erziehungsdiktaturen von Minderheiten oder putschistischen Aufstandsstrategien werden ebenso scheitern wie Versuche, die Emanzipation geographisch oder politisch zu beschränken.

- Die Befreiung vom Diktat des Kapitals und der Lohnarbeit wird eine Vielzahl von Protestbewegungen vereinigen. Ihr Erfolg hängt aber in erster Linie von der Rebellion in den imperialistischen Zentren gegen die dort ansässigen Weltkonzerne und ihre Regierungen ab; sie stellen den gemeinsamen Gegner aller sozialen Proteste auf diesem Globus dar.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland ist Teil der ArbeiterInnenklasse, d.h. gezwungen, zum Lebenserhalt die Arbeitskraft an kapitalistische Unternehmen zu verkaufen, oder er/sie ist Familienangehörige/r, Rentner/in oder Erwerbslose/r, für die prinzipiell dieselbe Abhängigkeit besteht. Auch in Deutschland lassen sich fast alle Kämpfe und sozialen Interessenkonflikte auf Kämpfe um die Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung und des Verkaufs der Ware Arbeitskraft zurückführen: Es sind Kämpfe um Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, aber auch um Bildung, Absicherung im Alter und gegen Krankheit und die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft in Freizeit und Konsum.

Diese Tatsache kann eine andere nicht verdunkeln: die sprunghaft zunehmende Tendenz zu vermehrten tiefen Spaltungslinien innerhalb der Arbeiterklasse. Diese Spaltungslinien sind zum Teil so alt wie die Klassengesellschaft selbst - das gilt vor allem für die Spaltung zwischen Männern und Frauen; zum Teil sind sie Folge der nationalstaatlichen Organisation des Kapitals (Definition von Staatsbürgerschaft und Diskriminierung von Ausländern). Zum Teil sind sie aber Folge der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung und der neoliberalen Offensive des Kapitals: die Abwehr von Flucht und Migration, die Spaltung in Erwerbslose und Erwerbstätige, in RentnerInnen und BerufsanfängerInnen, in prekär Beschäftigte und Menschen mit einem unbefristeten und ordentlich bezahlten Arbeitsvertrag, in "Legale" und "Illegale", Ost- und Westdeutsche usw.

Diese Spaltungslinien bewirken teilweise sehr unterschiedliche Lebensbedingungen und auf den ersten Blick unterschiedliche unmittelbare Interessen, die das Kapital sich zunutze macht, um seine Interessen bes-

ser durchzusetzen (Beispiel: Riesterrente, bei der argumentiert wurde, das Festhalten am Umlageverfahren benachteilige die Jungen gegenüber den Alten, die nur auf Besitzstandswahrung aus seien).

Die Segmentierung und Prekarisierung der lohnabhängigen Klasse ist dabei nicht allein Ergebnis objektiver ökonomischer Entwicklungen, sondern auch der vergangenen Klassenauseinandersetzungen, der Versäumnisse und des Versagens von Gewerkschaftsführungen in diesen Kämpfen. Ihr früheres subjektives Handeln ist zu einem Teil der objektiven Gegebenheiten geworden, die wir heute vorfinden.

Die Arbeiterklasse ist heute großen Angriffen der Unternehmer ausgesetzt. Was sich hinter den modischen Begriffen "Neoliberalismus" und "Globalisierung" verbirgt, ist in der Substanz eine knallharte Unternehmeroffensive mit zwei grundsätzlichen Zielsetzungen: erstens sollen die Löhne generell gesenkt werden, und zweitens sollen die allgemeinen Standortbedingungen des Kapitals im eigenen Land in Bezug zum weltweiten Konkurrenzkampf verbessert werden, einschließlich aller militärischer Optionen.

Die Operation "Senkung der Löhne" (die einschlägige Parole lautet: "Die Arbeit ist zu teuer") tritt auf mehreren Schlachtfeldern an:

- * die kollektiven Schutzeinrichtungen - das historisch-moralische Element im Preis der Ware Arbeitskraft - sollen weitgehend abgeschafft werden: die EU organisiert mit ihren Nationalen Aktionsplänen geradezu einen Wettlauf um die billigsten sozialen Sicherungssysteme - d. h. um den niedrigsten Standard im Schutz bei Erwerbslosigkeit, im Alter, gegen Krankheit. Wer sich in Zukunft sozial absichern will, soll dies zusätzlich aus eigener Tasche bezahlen;

- * die Lohnersatzzahlungen (Arbeitslosengeld und -hilfe) werden drastisch gekürzt bzw. abgeschafft, die Sozialhilfe aufgegeben zugunsten eines neuen Fürsorgeprinzips: die damit verbundene Senkung der Armutsgrenze soll den Druck auf die Löhne steigern und die Einführung eines breiten Niedriglohnssektors ermöglichen, in dem deutsche mit polnischen oder koreanischen Löhnen konkurrieren;

- * zwischen das "Normalarbeitsverhältnis", das zunehmend ausgehöhlt wird, und die Erwerbslosigkeit legt sich damit eine wachsende Schicht prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die eine neue soziale Realität in der ArbeiterInnenklasse schaffen: Heimarbeit, Zeitarbeit, Scheinselbständigkeit, nur noch befristete Beschäftigung und somit den ständigen Druck, sich zu jedem Preis und jeder Arbeitsbedingung zu verkaufen, weil der tarifliche und gesetzliche Schutz der Arbeitskraft gesprengt wurde. Damit wird zugleich die Arbeitsdisziplin erhöht und ein Mittel geschaffen, das die Beschäftigten davon abhalten soll, sich gewerkschaftlich zu organisieren;

- * die weltweite Konkurrenz um den höchsten Profit drängt zu stetiger Steigerung der Produktivität, d.h. des Ausbeutungsgrads, und Senkung der Lohnkosten -

z.B. durch die Aushöhlung der Flächentarifverträge und Einführung produktivitätsorientierter Löhne;

- * die Senkung arbeitsrechtlicher Standards (wie Kündigungsschutz, Urlaubsregelungen, Jugendschutz etc.);

- * die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte;

- * die Senkung und Privatisierung der Kosten für Bildung und Ausbildung.

Die gewerkschaftlichen Konzepte, die in der Nachkriegszeit auf dem Boden eines anhaltenden "Wirtschaftswunders" als erfolgreich gegolten haben, reichen heute hinten und vorn nicht mehr. Der Sozialstaat BRD fußte auf dem Flächentarif, auf der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Rentenanpassung an die Lohnentwicklung, der Abkehr von der Fürsorge durch ein Sozialhilfegesetz, das die Orientierung am tatsächlichen Bedarf festschrieb, auf der Einführung einer Arbeitslosenhilfe, die Langzeiterwerbslose vor dem Fall in die Armut bewahrte, und schließlich auf bedeutenden Lohnsteigerungen in den 70er Jahren und dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche in den 80er Jahren. Diese gesetzlichen wie tariflichen Maßnahmen konnten durchgesetzt werden vor dem Hintergrund von Wirtschaftswachstum und einer relativen Vollbeschäftigung.

Heute ist dieser Hintergrund nicht mehr gegeben. Die Produktivität wächst seit vielen Jahren schneller als das Bruttosozialprodukt. Im Zusammenhang damit, dass die Konkurrenz auf den Weltmärkten sich verschärft, führt dies dazu, dass die Millionenarbeitslosigkeit - die offene und die verdeckte - weiter zunehmen wird.

Kapital und Regierungen stellen heute alle Elemente, die den alten Sozialstaat ausgemacht haben, bis hin zur Sozialpartnerschaft, grundsätzlich in Frage. Die Europäische Union koordiniert Politiken ihrer Mitgliedstaaten, die ein europaweites Lohn- und Sozialdumping in Gang setzen - verbunden mit der Konkurrenz um die niedrigsten Steuersätze.

Um diese gesellschaftszerstörerische Tendenz wieder umzukehren, bedarf es einer Vielzahl von Kämpfen für tarifliche und gesetzliche Forderungen, im nationalen wie im internationalen Maßstab, die miteinander koordiniert werden müssen, damit sie eine zusammenhängende Strategie ergeben.

Das wichtigste Sofortziel, für das es den Kampf zu organisieren gilt, ist unter diesen Bedingungen die Ausschaltung der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse:

- * durch gleichmacherische Lohnforderungen, so für Festbeträge, die die Schere zwischen den Einkommen verringert, und für "positive Diskriminierung", also für besondere Förderung ungleich und schlechter behandelte Teile der ArbeiterInnenklasse;

- * durch weltweit gleichen Lohn für gleiche Arbeit; europaweit ein einkommensunabhängiges und indivi-

duelles Mindesteinkommen (Grundeinkommen) für Menschen ohne Erwerbsarbeit in Höhe von 50% des BIP pro Kopf; ein europaweiter Mindestlohn, der darauf aufsetzt;

* durch Beibehaltung und Ausbau des Solidarprinzips in der Sozialversicherung: nach Einkommen progressive Beteiligung aller Bevölkerungsschichten an der Finanzierung einer gesetzlichen Vorsorge für Gesundheit und Alter, Bildung;

* durch radikale Arbeitszeitverkürzung europaweit und Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Hierzu müssen die Gewerkschaften eine neue Kampagne starten - zum Beispiel unter der schönen Parole "Halbierung des Arbeitstages bei vollem Lohnausgleich";

* die Kampagne muss verbunden werden mit einer breiten Debatte über anstrebenswerte Produktionsziele und eine neue geschlechtliche wie internationale und regionale Arbeitsteilung;

* durch ein Niederlassungsrecht, verbunden mit dem Recht auf Inanspruchnahme sozialer Leistungen für alle, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben;

* Einführung von weitgehenden Entscheidungsmöglichkeiten von Belegschaften über ihre Arbeitsbedingungen und Bürgerschaften/Gemeinden über die wirtschaftliche Verwendung von Steueraufkommen.

Alle politischen wie theoretischen Ansätze, die ihren Ausgangspunkt nicht in dem haben, was die verschiedenen Teile der lohnabhängigen Klasse miteinander verbindet, sondern in dem, was sie trennt, sind zum Scheitern verurteilt.

Die zentrale Aufgabe besteht darin, das objektiv gemeinsame Interesse zwischen den Lohnabhängigen auf der Welt herauszuarbeiten und dieses zur Grundlage des Handelns und der Organisation zu machen. Dabei müssen die Interessen der besonders Benachteiligten besonders berücksichtigt werden.

Die Einheit der ArbeiterInnenklasse herzustellen - ob mit oder ohne deutschen Pass, ob erwerbslos oder erwerbstätig, ob männlich oder weiblich, ob jung oder alt, ob mit unbefristeter oder mit befristeter Anstellung, ob mit oder ohne Studienabschluss -, und zwar keine hierarchische Einheit, sondern eine Einheit im Respekt der Vielfalt, ist die strategische Aufgabe schlechthin. Es gibt heute keine Organisation der unmittelbaren Interessenvertretung, die diese Einheit zum Ausdruck bringen würde. Auch die Gewerkschaften sind weit davon entfernt. Es müssen deshalb alle Beteiligten aktiv nach einem gemeinsamen Rahmen für gemeinsames Handeln suchen. Die Sozialforen können ein solcher Rahmen sein, wenn sie in dieser Funktion akzeptiert werden.

Die Gewerkschaften der Bundesrepublik

Von der vorsichtigen Gegenmacht zur Standort-Koalition im Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit

Die Gewerkschaften sind heute einer massiven Kampagne der Unternehmer und der Öffentlichkeit ausgesetzt, die sie als Fortschrittsbremse und Blockierer verteufelt. Diese Kampagne trägt gewerkschaftsfeindliche Züge und suggeriert zum ersten Mal seit dem Bestehen der Bundesrepublik, dass sie als Vertretungsmacht der abhängig Beschäftigten beiseite geschoben werden sollen, wenn sie nicht bereit sind, sich dem Diktat der Unternehmer zu beugen. Hier wiederholt sich auf höherem Niveau und in aggressiverer Tonart, was Bundeskanzler Schröder bereits mit der Agenda 2010 zum Ausdruck gebracht hat: Die Kapitalseite sucht nicht mehr unbedingt den Konsens mit den Gewerkschaften – ist sogar bereit, diese frontal anzugreifen –, und die SPD an der Regierung vermittelt nicht mehr notwendig zwischen den gegensätzlichen Klasseninteressen. Dies bedeutet eine Aufkündigung der alten Sozialpartnerschaft seitens des Kapitals und ist zugleich Ausdruck der Verschlechterung der Klassenposition der Arbeiterbewegung. Die schleichende Übernahme neoliberaler Argumentationsmuster durch die Gewerkschaftsführungen und die katastrophalen Folgen der ungehemmten Privatisierungspolitik in Ostdeutschland, die die Gewerkschaften über weite Strecken mitgetragen haben, haben ihre institutionelle Position erheblich geschwächt. Dass die sozialen Errungenschaften seit Jahren durch die sozialpartnerschaftliche Kompromisspolitik ausgehöhlt werden, geht an der Stärke der Gewerkschaften nicht spurlos vorbei. Insofern tragen diese einen eigenen Teil Verantwortung für ihre jetzige Lage.

In den 80er Jahren, nach dem endgültigen Ende der Illusion vom grenzenlosen Aufschwung des Kapitalismus und dem Scheitern der keynesianischen Krisenlösung durch die damalige sozialliberale Bundesregierung, gab es in den damals noch rein westdeutschen Gewerkschaften einen Richtungswechsel. Zum Ende der Regierung Schmidt sank deren Bereitschaft, auf die SPD-„GenossInnen“ in der Regierung Rücksicht zu nehmen, immer mehr. Zu deutlich war die Dominanz der kleinen Regierungspartei FDP, die die SPD mit ihren wirtschaftsliberalen Positionen (siehe Lambsdorff-Papier) immer mehr in die Bredouille brachte. Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung war nicht mehr zu kanalisieren, und Ende '81, Anfang '82 kam es zu breiten Mobilisierungen gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung. Deren Träger waren in der Hauptsache linkssozialdemokratische Kräfte (Falken, Jusos, GewerkschaftsfunktionärInnen), aber auch sozialistische oder sich kommunistisch nennende Gruppen und Organisationen.

Die Gewerkschaften besannen sich darauf, eine eigenständige Kraft zu entwickeln. Dies wurde natürlich durch den Antritt der Regierung Kohl wesentlich beschleunigt. Rücksichtnahme auf Parteifreunde war nicht mehr nötig; andererseits sorgte das Regierungsprogramm für klare Fronten, auch wenn es lange nicht so radikal war wie das von Margaret Thatcher in England.

Dem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren begegneten die Gewerkschaften mit der Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche. 1984 wagten IG Metall und IG Druck und Papier einen mutigen und letzten Endes auch erfolgreichen Arbeitskampf, an dessen Ende die Vereinbarung über die Einführung der 35-Stunden-Woche, wenn auch in mehreren Schritten, stand. Andere Gewerkschaften wie die der Öffentlichen Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) gelang es nicht, die 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Die rechten Gewerkschaften wie IG Chemie und IG Bergbau setzten erst gar nicht auf Arbeitszeitverkürzung. Sie wurde erst viel später als Instrument gegen Entlassungen eingesetzt, mit erheblichen Lohneinbußen für die Beschäftigten.

Der Tarifabschluss, der den letzten bedeutenden tarifpolitischen Erfolg der Gewerkschaften gegen die Unternehmer markierte, hatte zwei Pferdefüße:

* Er sah eine schrittweise Einführung der Arbeitszeitverkürzung über einen Zeitraum von 10 Jahren vor; dies hat es Unternehmern erleichtert, die Arbeitszeitverkürzung durch Rationalisierungen, Flexibilisierung und Arbeitsverdichtung aufzufangen. Der Effekt, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurde damit erheblich verringert; er wäre nur durch eine radikale und schnelle Umsetzung erreicht worden.

* Die Gewerkschaften haben sich auf ihrem Erfolg ausgeruht und zugelassen, dass keine Kontrollmechanismen zur Überprüfung der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung eingerichtet wurden; sie haben auch keine konkret definierten Arbeitsbedingungen ausgehandelt. Im Gegenteil, sie haben in den Betrieben Härtekláuseln zugestimmt und somit einer Verbetrieblichung der Tarifpolitik den Boden bereitet.

In den Monaten des Anschlusses der DDR an die BRD und der Einverleibung der FDGB-Gewerkschaften durch die DGB-Gewerkschaften wuchs der Einfluss der westdeutschen Gewerkschaften, die ja auch gefragt waren, diesen Anschluss mitzugestalten. Diesem Ansinnen kamen sie voll und ganz nach. Oft spielten die entsandten Westbürokraten die Türöffner für das Kapital. Gleichzeitig wurden die Mitgliederlisten der DDR-Gewerkschaften 1:1 übertragen. Die Mitglieder wurden nicht gefragt. Erzogen im Geiste des Antikommunismus haben die westdeutschen Gewerkschaftsführungen weder den Eroberungs- und Plünderungsfeldzug des westdeutschen Kapitals in der DDR kritisiert, noch dem Programm

für die Demontage des Industriestandorts Ostdeutschland durch Privatisierung und Deindustrialisierung etwas entgegengesetzt. In diesem Zusammenhang wurden auch die letzten Vergesellschaftungsforderungen aus dem Grundsatzprogramm des DGB gestrichen. In ihren Reihen wuchs wieder die Tendenz, mehr auf gesamtgesellschaftliche Verantwortung und Mitreden beim Regieren zu setzen.

Der Vereinigungsboom tat sein übriges, die Tendenzen der nationalen "Euphorie" auch in der Arbeiterbewegung zu stärken. Anfang der 90er Jahre gab es wieder Tarifabschlüsse, die eine wirkliche Erhöhung der Einkommen bedeuteten.

Aber wie es im Kapitalismus so ist: nach jedem Boom kommt die Krise. Und diese wurde von Kapital und Regierung – nunmehr gestützt auf eine tiefgehende Spaltung der deutschen Arbeiterklasse in Ost und West und eine erste flächendeckende Aussetzung des Flächentarifs – dazu genutzt, zum umfassenden Angriff auf die sozialen Errungenschaften zu blasen. Dem hatten die Gewerkschaftsführungen nichts entgegenzusetzen.

1994 propagierte der IG Metall Vorsitzende Zwickel – am Ende eines Gewerkschaftstags und ohne Diskussion mit den Delegierten – seine Vorstellungen von einem Bündnis für Arbeit. Die wesentliche Botschaft war, die Gewerkschaften wären zu einer moderaten Tarifpolitik bereit, wenn die Unternehmer dafür neue Arbeitsplätze schaffen würden.

Die Unternehmer und Regierung nahmen diese Einladung gerne an. Aber sie verstanden unter dem Bündnis etwas anderes. Sie setzten ihre komplette Liste mit den Forderungen zum Sozialabbau, zur Deregulierung und Abschaffung von tarifvertraglichen und gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Tagesordnung. Eine Verpflichtung zur Einrichtung neuer Arbeitsplätze wollten sie natürlich nicht eingehen. Als die Regierung Kohl 1996 daranging, die Vorstellungen der Unternehmer in Gesetzesform zu gießen, verließen die Gewerkschaften das Bündnis und mobilisierten gegen den Sozialabbau der Bundesregierung – das war der Anfang vom Ende der Regierung Kohl.

Nach dem Regierungswechsel 1998 versuchten die Gewerkschaften, in der Tarifrunde '99 endlich wieder eine Steigerung der Einkommen für die Beschäftigten durchzusetzen. Verglichen mit den Abschlüssen Mitte der 90er Jahre waren die Ergebnisse auch nicht so schlecht. Wenige Monate später einigten sich Regierung, Unternehmer und Gewerkschaftsführungen erneut auf eine Neuauflage des Bündnisses, diesmal unter dem Namen "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit". Das führte schnell zur Propagierung einer moderaten Tarifpolitik; nur in wenigen Bereichen, übrigens alle im Organisationsbereich der HBV befanden (Banken, Versicherungen, Einzelhandel), gab es bestenfalls einen Ausgleich für die Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Zeitgleich führte die Regierung Schröder einen ersten Angriff auf die Rentenversicherung und öffnete mit der "Riester-

rente" den Weg zur Teilprivatisierung der Altersvorsorge.

Die Regierung Schröder führte noch vor ihrer Wiederwahl unter dem Druck der Lohnnebenkostenkampagne der Unternehmer und einer undurchsichtigen Kampagne gegen die Bundesanstalt für Arbeit einen Frontalangriff auf das System der Arbeitslosenversicherung und die Bundesanstalt selbst. Sie verband dies mit einem Konzept für erste Schritte in der Privatisierung der Gesundheitsversorgung. Nach der Wahl wurden diese Angriffe allesamt mit der Agenda 2010 noch weitaus verschärft: Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds, Herausnahme des Krankengelds aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung und Aushöhlung des Kündigungsschutzes. Gerade der letzte Punkt hat auch den Charakter einer politischen Schlacht um die Macht der Gewerkschaften angenommen. Das hat die Gewerkschaften aus dem Bündnis für Arbeit wieder herausgetrieben und dazu gedrängt, erneut gegen "die eigene" Regierung zu mobilisieren.

Die anhaltende Neigung der deutschen Gewerkschaften, an der Sozialpartnerschaft festzuhalten, obwohl die Unternehmer sie längst aufgekündigt haben und mittlerweile verbal die Gewerkschaften sogar in Frage stellen, ihre Unfähigkeit, sich aus der Nibelungentreue zur SPD zu lösen und aus der unheilvollen "Arbeitsteilung" zwischen gewerkschaftlichen (Tarif-) und politischen (Regierungs-)Aufgaben herauszutreten, hat sie massiv in die Defensive gedrückt und dazu verleitet, wichtige Positionen aufzugeben. Letztes unrühmliches Beispiel dafür ist die Leiharbeit: Noch vor 20 Jahren forderte der DGB ihr Verbot; inzwischen haben die Gewerkschaften einen Tarifvertrag mit der Leiharbeitsbranche abgeschlossen, der Erwerbslosen und beruflichen Neueinsteigern keinen gleichen Lohn mehr sichert. Die Gewerkschaften haben damit ihren Teil dazu beigetragen, den Niedriglohnssektor zu schaffen und die Konkurrenz zwischen der abhängig Beschäftigten erheblich zu verschärfen. Hinzu kommen die Positionen, die sie aus blindem Antikommunismus in Ostdeutschland aufgegeben haben.

Die Folgen bleiben nicht aus: Hatten die Gewerkschaften zu Beginn der 90er Jahre noch gut 11 Millionen Mitglieder, sind es 2003 noch etwas über 8 Millionen. In 10 Jahren haben sie gut ein Viertel ihrer Mitglieder verloren. Dies hat massive Auswirkungen auf die Präsenz der Gewerkschaften in den Betrieben, aber auch in den Stadtteilen.

Während der DGB in der Fläche und in seinen Aufgabenbereichen schrumpft, haben die Einzelgewerkschaften versucht, ihr Überleben durch Zusammenschlüsse zu sichern – in vielen Fällen ohne Beteiligung der gewählten FunktionärInnen, geschweige denn der einfachen Mitglieder. Die IG Chemie Papier Keramik fusionierte mit der IG Bergbau und schluckte die IG Leder; die IG Bergbau Chemie Energie ist heute eine rechte Richtungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Der IG Metall

haben sich die IG Textil und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff angeschlossen. Den krönenden Abschluss bildete die Fusion der fünf Gewerkschaften Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG), Deutsche Postgewerkschaft (DPG), Handel Banken und Versicherungen (HBV), IG Medien und Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zur Megagewerkschaft ver.di mit fast 3 Millionen Mitgliedern.

Diese Fusionen waren allesamt eine organisatorische Antwort des Apparates auf die Krise der Gewerkschaften. Eine politische Debatte über die Herausforderungen der neoliberalen Politik für die Gewerkschaften und ihre notwendige Neuausrichtung war nicht gewollt und wurde von der Basis auch nur ansatzweise gefordert.

So werden die ausgetretenen Pfade immer neu begangen: hauptsächliche Ausrichtung auf die Kernbelegschaften in den Großbetrieben; der Versuch, neue Mitglieder vorwiegend unter den Besserverdienenden, Angestellte oder Beschäftigte der New Economy zu gewinnen – die sich subjektiv oft dem Kapital näher fühlen als der Arbeiterbewegung, was natürlich mit ihrer privilegierten Stellung in den Betrieben zu tun hat. Konservative Apparatschiks führen diese Leute ganz gerne in ihren Mitgliederlisten als Gegengewicht gegen allzu aufmüpfige Vertrauensleute oder Betriebsräte.

Andererseits kümmern die Gewerkschaften sich kaum um die immer stärker wachsende Zahl von prekär Beschäftigten. Die Kampagne der HBV bei der Firma Schlecker mit sehr guten Erfolgen oder die Arbeit gegen das Tarifdumping bei der City Bank oder die gute Arbeit der Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten (NGG) bei McDonald's sind eher rühmliche Ausnahmen. Aber die große Anzahl von Beschäftigten in den kleinen Buden der Gewerbeparks, die unter Bedingungen der Illegalität arbeitenden Flüchtlinge in Gaststätten, Baustellen, auf den Feldern bleiben außen vor. Auf den Riesenbaustellen der neu-alten Hauptstadt tummeln sich viele Arbeiter aus den ehemaligen RGW-Staaten*, die weder von einer Gewerkschaft aus ihrem Herkunftsland noch von der hiesigen jemals etwas gehört haben.

Dem entspricht leider auch die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften auf europäischer oder internationaler Ebene. Selten gibt es Solidaritäts-Aktionen oder auch nur Informationen über Arbeitskämpfe in anderen Ländern. Die 1300 Beschäftigten bei VW-Südafrika wurden im Februar 2000 praktisch mit Unterstützung des Gesamtbetriebsrats und der IG Metall entlassen. Die deutschen Gewerkschaften halten sich nicht einmal an Absprachen mit befreundeten Gewerkschaften in EU-Nachbarländern, z. B. zur Tarifpolitik. Die Abschlüsse 2000 widersprachen den gewerkschaftlichen Übereinkünften über die Höhe der angestrebten Tarifabschlüsse. Demnach hätten die Abschlüsse in der Bundesrepublik mindestens 4%

betragen müssen, tatsächlich wurden maximal 3% erreicht. So setzen Abschlüsse in der Bundesrepublik die Gewerkschaften in den Nachbarländern unter Druck.

Die deutschen Gewerkschaften im DGB sind bürokratisch deformiert und politisch faktisch Richtungsgelehrten der Sozialdemokratie. Sie sind nationalistisch, patriarchalisch und fast bis zur Selbstaufgabe loyal mit den deutschen Unternehmern. Aber sie sind letztlich nur organisatorischer Ausdruck des allgemeinen Niveaus der Klassenkämpfe. Die Ergebnisse ihrer Politik bei der Verteidigung ihrer Errungenschaften seit Mitte der 80er Jahre sind sehr bescheiden. Sie haben ein Konzept für den Kampf gegen die liberale Offensive vermissen lassen und ihrer eigenen bürokratischen Rolle als Verhandlungspartner wichtige Errungenschaften geopfert: Härtefallklauseln in Tarifverträgen, untertarifliche Einstieglöhne, ertragsabhängige Tarifabschlüsse sind nur einige Beispiele dafür.

Diese Politik fällt ihnen heute auf die Füße. Die Unternehmer versuchen die Gewerkschaften als Tarifpartner aus zu bremsen wo sie nur können. Und die SPD entpuppt sich als das zuverlässigste Instrument für die Umsetzung der neoliberalen Agenda. Nach zweimaligem Scheitern des Bündnisses für Arbeit und nach der Offensive der Agenda 2010, die unverhohlen Kernbestandteile des Sozialstaats in Frage stellt, stehen die Gewerkschaften vor einer neuen Situation. Ihnen ist der Partner an der Regierung abhanden gekommen, den sie sonst dafür gebraucht haben, wenigstens einen Teil ihrer Forderungen umzusetzen. Weder tariflich noch gesetzlich können die Gewerkschaften heute irgend etwas erreichen, ohne einen massiven Arbeitskampf zu führen. Nicht alle Teile der Gewerkschaften werden diese Schlußfolgerung ziehen, aber jedenfalls sind sie gezwungen, sich neu zu positionieren und ihre gewerkschaftliche Strategie von Grund auf zu überdenken. Das eröffnet in den Gewerkschaften neuen Raum für strategische Auseinandersetzungen, wie Gewerkschaften künftig agieren müssen, um Erfolg haben zu können.

Die Politik der Sozialpartnerschaft stößt viele Aktive innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften ab. Es gibt nicht wenige Linke, die die Gewerkschaften dafür in Bausch und Bogen verdammen und als Organisationen der elementaren Interessenvertretung der Arbeiterklasse abschreiben. Wir halten es demgegenüber für notwendig, die Gewerkschaften gegen alle Bestrebungen zu verteidigen, sie in ihren Rechten und in ihrem Wirkungskreis zu beschneiden. Wir brauchen nicht weniger Gewerkschaften, wir brauchen andere! Das wird besonders augenfällig im Bereich der prekären Beschäftigung, wo Unternehmer die Löhne nur deshalb so massiv senken können, weil sie gewerkschaftliche Organisation auf Schritt und Tritt zu verhindern suchen. Zum Aufbau von Gewerkschaften gibt es deshalb keine Alternative.

Aber auch nicht zu ihrer strategischen Umorientierung hin zum außerparlamentarischen klassenkämpferi-

schen Widerstand, der das gleichberechtigte Bündnis mit anderen sozialen Bewegungen sucht und sich vor der politischen Konfrontation nicht scheut. Letzten Endes wird diese Konfrontation unvermeidlich sein. Dafür ist der Aufbau einer starken Gewerkschaftslinken notwendiger und aktueller denn je. Ihre derzeitigen Schwächen müssen überwunden werden: auch sie blickt manchmal kaum über den Tellerrand der Tagesarbeit hinaus und hat sich, mindestens in der Vergangenheit schwer getan, ein aktives Verhältnis zur globalisierungskritischen Bewegung zu entwickeln. Sie hat große Verdienste, weil sie die gewerkschaftliche Stimme gegen den Jugoslawienkrieg erhoben und einen kritischen Standpunkt in die Diskussionen um die Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktreform eingebracht hat. Ihr größter Mangel ist, dass sie noch wenig und sehr ungleiche Kräfte in den Betrieben hat und sich bisher in den Gewerkschaften noch wenige Gehör verschaffen konnte. Diese Mängel können nur durch die aktive und möglichst breite Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen sowie der Öffentlichkeit überwunden werden.

Wir treten in den Gewerkschaften ein:

- * für ihre unbedingte Unabhängigkeit von allen Parteien und Regierungen und einen politischen Pluralismus in ihren Reihen. Zehn Jahre, nachdem die "kommunistischen" Gewerkschaften aufgehört haben, am Gängelband ihrer Partei zu laufen, ist es höchste Zeit, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften das auch tun;

- * für die Herstellung europaweiter und internationaler Streik- und Tariffähigkeit; Tarifforderungen müssen im Sinne einer Angleichung nach oben aufeinander abgestimmt werden;

- * für eine gezielte gewerkschaftliche Organisierung der schwächsten Teile der lohnabhängigen Klasse (auch solche, die nicht erwerbstätig sind) und für eine Öffnung der Gewerkschaften zu den sozialen Bewegungen;

- * für die Politisierung der gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen, d. h. für gewerkschaftliche Aktionen auch dann, wenn es nicht um Tarifrunden geht, sondern um den Schutz sozialer Standards oder den Kampf gegen die Privatisierung;

- * für eine umfassende Demokratisierung der Gewerkschaften: keine Forderungen, keine Abschlüsse mehr ohne demokratische Beteiligung aller Beschäftigten;

- * das Bündnis für Arbeit muss ein für allemal beerdigt sein.

--

- * Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe oder Comecon war die zwischenstaatliche Wirtschaftsorganisation des Ostblocks; er wurde 1949 gegründet und hatte seinen Sitz in Moskau.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie

Bürgerliche Gesellschaft und Demokratie gehören zusammen, zumindest in reichen Industrieländern. So denken viele und so hämmern es uns die Medien tagtäglich ein. Ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt jedoch, dass bürgerlich-demokratische Verhältnisse zumeist erst im 20. Jahrhundert, häufig erst nach dem Zweiten Weltkrieg erkämpft wurden. Und die Kriege des letzten Jahrzehnts und der offen erklärte weltweite und permanente "Krieg gegen den Terror", der von zahllosen Überwachungsmaßnahmen begleitet ist, deuten darauf hin, wie gefährdet diese Freiheitsrechte heute wieder sind.

Der auf dem Bruch des internationalen Völkerrechts und der Proklamierung des militärischen Faustrechtes beruhende Krieg gegen den "internationalen Terrorismus" fördert nicht nur Militarisierung und Massenerschießung, er setzt auch das Zerstörungswerk an der Glaubwürdigkeit zentraler Grundwerte der bürgerlichen Aufklärung fort. Demokratische Errungenschaften werden von den Herrschenden bei der ersten besten Gelegenheit in Frage gestellt und abgebaut, ganze Teile der Menschheit für nicht demokratiefähig erklärt.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie beginnt freilich schon mit ihrer Geburt. Die "Freien und Gleichen" waren von Anfang an höchst ungleich. Das kapitalistische Bürgertum braucht und verteidigt die Demokratie als Form gesellschaftlicher Freiheit nur solange, wie sie ihr zur Durchsetzung ihrer eigenen Klassenherrschaft, der Herrschaft der freien Besitzrechte des Einzelnen und dem alltäglichen Funktionieren des Kapitalismus nützlich ist. Ihr Demokratie- und Freiheitsverständnis ist entsprechend strukturell begrenzt - nur wer Besitzbürger ist, ist ein vollwertiger Mensch. Was sie aktiv durchsetzt und verteidigt, ist die formale Freiheit, die staatsbürgerlich-politische und individualrechtliche Freiheit des Einzelnen. Sie "vergisst" ihren ursprünglich formulierten allgemeinschichtlichen universalen Emanzipationsanspruch. Ihrem Klasseninteresse entspricht es, das auf soziale Freiheit pochende Nachdrängen der unteren Schichten zu bekämpfen. Im kapitalistischen Alltag fehlen der großen lohnabhängigen und eigentumslosen Mehrheit der Bevölkerung die Zeit und die Mittel, tatsächlich Herrschaft auszuüben. Die Herrschaftsausübung wird an eine schmale Elite von Kapitaleignern und deren politische, ideologische und bürokratische Sachwalter "delegiert", die in aller Regel ihrerseits den "Sachzwängen" der kapitalistischen Marktwirtschaft gehorchen. Mit dem Eindringen von Abgeordneten der Arbeiterbewegung in die bürgerlichen Parlamente fand ein Prozess der Auslagerung wesentlicher Entscheidungen in Bürokratie und Exekutive statt, der heute im Agieren formaldemokratisch nicht kontrollierter supranationaler Institutionen einen neuen Höhepunkt findet.

Doch die lohnabhängige Klasse mit allen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Bevölkerung, ihre sozialistischen Organisationen und Parteien, ihre Vereinigungen und Bewegungen kann ohne demokratische Rechte und Freiheiten ihre gesellschaftspolitischen Ziele nicht erreichen und nicht einmal ernstlich dafür kämpfen.

Die anspruchsvollen marxistischen Versuche, den bürgerlichen Staat auch in seiner demokratischen Form als "ideellen Gesamtkapitalisten" zu erklären, als Ausgleichs- und Vermittlungsebene der Interessen der "vielen Kapitale" mit den vorherrschenden Interessen der großen Kapitalgruppe sowie mit denen der Kleineigentümer und der besser gestellten Schichten der Lohnabhängigen, behalten ihre Gültigkeit, obwohl die Herrschenden unter den Bedingungen des Spätkapitalismus bemüht sind, die gesellschaftliche Wirklichkeit Zuständen anzunähern, die eher den vereinfachten vulgärmarxistischen Versionen ("Herrschaft der Monopole") entsprechen. Selten war der unmittelbare Lobbyismus des Großkapitals so schamlos sichtbar wie heute. Häufig liefert er geradezu die Blaupausen für die Regierungspolitik und die EU-Beschlüsse (Rolle des ERT*). Darüber hinaus mehrten sich die Fälle unmittelbarer Regierungsübernahme durch große Kapitalisten bis hin zum Bereich der großen Lumpenbourgeoisie (Phänomen Berlusconi). Der Internationalisierungsprozess des Kapitals ("Globalisierung") führt zu einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise nationaler Politikansätze und zu starker Bereitschaft bürgerlicher und reformistischer Parteien, dem "eigenen Standortvorteil" soziale und ökologische Belange unterzuordnen oder zu opfern.

Ein weiterer Aspekt der zunehmenden Krise der bürgerlichen Demokratie ist die wachsende Macht der Exekutive und der bürokratischen Apparate. Die Abgeordneten der Parlamente, ihrerseits der Kontrolle durch ihre WählerInnenenschaft enthoben, erweisen sich mehr und mehr als dekorative Anhängsel der wirklichen Entscheidungsträger. Dies ist auf der Ebene der EU am ausgeprägtesten, weil dort die Entscheidungen zwischen der Kommission und den nationalen Regierungen ausgehandelt werden und die Abgeordneten die Vorgaben kaum beeinflussen können, sofern sie überhaupt informiert werden (Beispiel: die GATS-Verhandlungen). Besonders bedrohlich in diesem Zusammenhang sind die demokratisch nicht kontrollierbaren Geheimdienste und Sonderpolizeikräfte, die in der Hand einer rechtsextremistischen Regierung eine tödliche Gefahr nicht nur für die radikale Linke, sondern auch für ArbeiterInnenbewegung bis hin zu den systemkonformen Gewerkschaften und zur verbürgerlichten Sozialdemokratie sein könnten.

Hinzu kommen die immer weniger voneinander unterscheidbaren Politikangebote der etablierten Parteien. Die neoliberale Glaubenslehre mit ihrer Konkurrenzlogik auf allen Ebenen ist scheinbar ohne realistische Alternative. Die Unterschiede sind nur noch durch sorgfältige Analyse zu ermitteln und beziehen sich nicht auf die grundsätzliche Richtung, die im neolibe-

ralen Einheitsdenken nur noch abweichende Nuancen zulässt, die sich wesentlich mehr auf die Vermittlung und Durchsetzung als auf die groben Inhalte der Politik beziehen. Eine glaubwürdige Alternative links von diesem Einheitsbrei ist erst in kleinen Ansätzen vorhanden.

Sichtbarer Ausdruck der Glaubwürdigkeitskrise der bürgerlichen Demokratie ist der um sich greifende Zynismus mit einer der Waschmittelreklame gleichenden Wahlwerbung, der scheinbar unaufhaltsame Rückgang der Wahlbeteiligung und das, was als "Parteien- und Politikverdrossenheit" bezeichnet wird. Diese Haltungen sind durchaus zweischneidig. In dem Maße, wie es nicht gelingt, eine glaubwürdige linke Alternative aufzubauen, können diese Stimmungen leicht in Demokratiefeindlichkeit, Demoralisierung und Verzweiflung umschlagen und rechtspopulistischer Rattenfängerei in die Hände spielen.

Die sozialistische Bewegung hat sich in den Bewegungen der dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts (1848) aus dem linken Flügel der radikalen Demokratie entwickelt. Der klassische Sozialismus marxistischer Provenienz teilte die ursprünglichen Ziele und Impulse bürgerlichen emanzipativen Denkens und er ging über sie hinaus, indem er die Aufhebung der Klassen und soziale Gleichheit als Voraussetzung für die freie Entfaltung der Individuen einklagte. Die Erzieher müssen selbst erzogen werden, schrieb Marx in den Thesen über Feuerbach, und zwar durch den kollektiven revolutionären Emanzipationsprozess des zeitgenössischen Proletariats, der lohnarbeitenden Klasse. Individuelle Selbstveränderung und kollektive Änderung der gesellschaftlichen Umstände sind dialektisch vermittelt, fallen ihrem Wesen nach zusammen und machen das aus, was Karl Marx in seiner dritten Feuerbachthese unter revolutionärer Praxis verstand. Nur im Kampf der lohnabhängigen Klasse und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die kapitalistische Klasse treibt die bürgerliche Gesellschaft über sich selbst hinaus. Aus der kollektiven Selbstaktivität und Selbstorganisation des Proletariats zusammen mit anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Gesellschaft allein kann eine wirklich demokratische Herrschaft entstehen, die von Anfang an den Keim des Absterbens der Herrschaft von Menschen über Menschen in sich trägt.

Soweit die Theorie. Im wirklichen zeitgenössischen Bewusstsein jedoch ist die Glaubwürdigkeitskrise der sozialistischen Ideen nach wie vor mindestens so akut wie diejenige der bürgerlichen Demokratie. Die Erfahrung des Stalinismus, einer Geschichte von brutaler Unterdrückung, bürokratischer Gängelung und gesellschaftlicher Bevormundung ist dafür ebenso verantwortlich wie die Bürokratisierung und Verkrustung der weitgehend ins System integrierten sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung und die von vielen stillschweigend gezogene Bilanz, dass bislang noch jede Freiheitsbewegung und jeder emanzipatorische und sozialistische Ansatz, soweit er wirkungsmächtig wurde, in Stellvertreterpolitik und Anpassung an das

schlechte Alte endete. Die Erkenntnis breiter Schichten der Lohnabhängigen und der rebellierenden Jugend, dass Freiheit, Demokratie, umfassende Emanzipation und Sozialismus untrennbar zusammen gehören, muss erst wieder neu erkämpft und vermittelt werden.

Wurde Freiheit vom Bürgertum wesentlich als Abwesenheit politischer Bevormundung und feudaler Fesselung des "freien Unternehmertums" verstanden, so wurde Freiheit von großen Teilen der sozialistischen Bewegung ebenso negativ gefasst, als Abwesenheit von materiellem Elend, von sozialer Unterdrückung und Entrechtung. Auf dem Erfahrungshintergrund des 19. und frühen 20. Jahrhundert lässt sich dies gut verstehen. Die eigentliche Idee der Freiheit ist jedoch eine positive. Nicht die 'Freiheit von' steht hier im Vordergrund, sondern die 'Freiheit zu', die Freiheit zu allseitiger Entfaltung der Persönlichkeit. Diese dritte Stufe ist von den ersten beiden unterschieden, indem sie beide untrennbar auf höherer Ebene vereinigt. Diese humanistische Zielsetzung ist es, die die sozialistische Bewegung mit der revolutionär-bürgerlichen verbindet. Die Tragik der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert besteht darin, diese beiden Seiten von Freiheit auseinander zu dividieren und die eine gegen die andere auszuspielen - zumeist getrieben vom Eigeninteresse privilegierter und unabhängig von der Masse Macht ausübender Schichten, die alle möglichen Ausflüchte erfanden, um ihren Substitutionismus (ihre Ersatzhandlungen) zu rechtfertigen.

Die Sozialdemokratie, die sich historisch nicht zu Unrecht als Vorkämpferin der Demokratie sah, verwischte im Laufe des 20. Jahrhundert die Grenzen zwischen bürgerlicher Demokratie und Sozialismus und setzte auf eine graduelle Demokratisierung. Sie beschränkte sich dabei auf die erste, die bürgerliche Stufe der Freiheit, und gab sich damit zufrieden, die Arbeiterklasse zum formal gleichberechtigten Bestandteil bürgerlicher Herrschaft zu machen. Der nominalsozialistische Partei-"Kommunismus" verabsolutierte dagegen den Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft, und warf mit ihr auch die Errungenschaften der ersten Stufe menschlicher Freiheit über Bord. Beide Hauptströmungen der sozialistischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert sahen in der "Entwicklung der Produktivkräfte" ihr wesentlichstes Ziel, weil sich dadurch größere Spielräume für Freiheit und Selbstbestimmung quasi naturwüchsig ergäben. Das Ergebnis war eine tiefe Entfremdung der verdinglichten Persönlichkeit.

Zur Erneuerung der komplexen Dialektik von Demokratie und Sozialismus braucht es eine Rückkehr zu den Quellen des Sozialismus. Als Aktualisierung eines Freiheitsbegriffs im umfassenden, emanzipatorischen Sinne und als Aktualisierung der klassisch-sozialistischen Erfahrung, dass ein solcher frühbürgerlich-radikaldemokratischer Freiheitsbegriff nur mittels des antagonistischen Klassenkampfes zu realisieren sein wird: Keine wirkliche Demokratie ohne Sozia-

lismus, kein Weg zum Sozialismus ohne Demokratie als umfassende gesellschaftliche Partizipation.

Diese Fragestellung ist nicht abstrakt. Es geht darum, welche gesellschaftlichen Ziele wir als Sozialistinnen und Sozialisten heute anstreben und von welchen grundsätzlichen Werten wir uns dabei leiten lassen. Erst von hier aus erschließt sich der Sinn einer erneuerten Kapitalismuskritik. Erst von hier aus erschließt sich auch die schöpferische Kraft der Vorschläge, die wir in politische und soziale Bewegungen einbringen wollen und können. Wir müssen also sowohl an einem Bezugssystem sozialistischer Theorie und Praxis arbeiten als auch an deren praktischer Umsetzung. Ohne ein alternatives, positiv bestimmtes Bezugssystem bliebe letztlich unklar, dass wir diese Gesellschaft nicht nur aus moralischen Gründen ablehnen. Und ohne praktisches politisches Eingreifen können wir nicht testen, ob unser Bezugssystem mehrheitsfähig oder etwa autoritär-elitär ist und daher verworfen werden muss. Ablehnung jeder Stellvertreterpolitik einschließlich einer gesunden Selbstkritik in Permanenz sind eng mit unseren politischen Zielen verbunden.

Dass Demokratie und Sozialismus, individuelle wie kollektive Freiheit nicht nur als Ziel- und Leitvorstellung zusammengehören, dass zwischen ihnen auch eine produktive Dialektik des Weges besteht, dass ein radikales Verständnis von Demokratie einen gleichsam natürlichen Bündnispartner im radikalen Verständnis des Sozialismus findet, wie auch umgekehrt, offenbart sich schnell, sobald wir konkret werden. Alle sozialistischen Vorschläge, Teil- und Übergangsforderungen lassen sich als Bestandteile des Kampfs um wirkliche Demokratie formulieren.

Die Ausweitung der politisch-rechtlichen Freiheit auf die soziale Freiheit bedeutet die Aufhebung von Hierarchien und Ausbeutungsstrukturen in Betrieben und Büros. Die Demokratie darf nicht an den Betriebstoren aufhören. Das geht jedoch nicht ohne die Aufhebung von Profitlogik, Konkurrenzkampf und Eigentum an gesellschaftlichen Produktionsmitteln. Dies wiederum ist nichts anderes als die Überwindung der Marktwirtschaft, die Überwindung des mit dem bürgerlichen Privateigentum unlöslich verschränkten indirekten Vergesellschaftungsprinzips, das den Menschen als schicksalhafte und fremde Macht gegenüber tritt.

Es ist keine grundsätzlich andere Gesellschaft, keine solidarische Gesellschaft denkbar, wenn sie nicht prinzipiell mit den Imperativen der Marktwirtschaft bricht, wenn sie nicht die Trennung von Produktionsmitteln und ProduzentInnen aufhebt und eine demokratische Verwaltung der Produktion durch die assoziierten ProduzentInnen herbeiführt. Eine 'sozialistische Marktwirtschaft' ist schon begrifflich Nonsense. Es geht statt dessen um die Sozialisierung des Marktes, um eine demokratisch geplante Ökonomie, um die planvolle Vergesellschaftung kollektiver Konsumtionsbedürfnisse (Ernährung, Gesundheit und Wohnen, Umwelt, Transport und Energie, Kultur und Erziehung).

Die traumatischen Erfahrungen mit der bürokratisch gelenkten Planwirtschaft stellen uns dabei vor das besondere Problem der Bürokratie und die institutionellen Möglichkeiten einer nachhaltigen Demokratisierung jeder Form von Planwirtschaft. Hierbei genügt nicht die Selbstverwaltung der einzelnen Betriebe, sondern gerade demokratische Entscheidungsprozesse über die großen Richtungsfragen der wirtschaftlichen Entwicklung unterscheiden eine sozialistische Demokratie von jener Art Scheinsozialismus, in der die große Mehrheit Objekt der Entscheidungen von Funktionsträgern bleibt.

Eine nachhaltige Demokratisierung der Politik beinhaltet die Überwindung sozialer Unfreiheit und den Abbau von Hierarchien und sozialen Privilegien. Ohne dies gibt es keine Überwindung der rein politischen, d. h. der nur staatsrechtlichen Emanzipation. Diese Überwindung kann nur im Sinne einer dialektischen Aufhebung gelingen, bei der beide Stufen der Freiheit, die politische wie die soziale, auf höherer Ebene nicht nur erhalten bleiben, sondern sich erst ernstlich verwirklichen. Es geht um die möglichst umfassende Durchsetzung direkter Demokratie und das Zerstören und Absterben rein politischer Herrschaftsformen. An erster Stelle steht dabei die Abschaffung der repressiven Elemente politischer Herrschaft wie Militär, Polizei, Geheimdienste usw., sodann müssen die Voraussetzungen von Bürokratie und Herrschaft überhaupt beseitigt werden. Bei Garantie aller formalen Rechte und Freiheiten kann nur eine radikale Verkürzung des Erwerbsarbeitstags bei Vergesellschaftung und, soweit dies nicht geht, gleichmäßiger Verteilung aller anfallenden unbezahlten Arbeiten eine wirklich demokratische Selbstverwaltung auf allen Ebenen der Gesellschaft ermöglichen. Ohne ein Höchstmaß an freier Zeit ist der Prozess direkter Demokratie immer gefährdet. Direkte Demokratie meint hierbei nicht plebiszitäre Abstimmungen, die der Demagogie Tür und Tor öffnen, sondern demokratische Debatten und Abstimmungen auf den jeweils sachlich gegebenen Ebenen. Da Menschen Fehler machen, müssen sie diese gemeinsam machen, um daraus lernen zu können. Wir lehnen alle Rechtfertigungen von Minderheiten ab, die für sich beanspruchen, für den Rest der Menschheit selbstherrlich zu entscheiden, unter dem Vorwand, dass sie klüger und aufgeklärter seien. Solche Minderheiten verselbständigen sich immer und entwickeln Eigeninteressen, die dem Lern- und Emanzipationsprozess der Mehrheit tausend Mal mehr schaden als jeder Fehler, der aufgrund eines wirklich demokratischen Entscheidungsprozesses gemacht wird.

Unsere Utopie ist die herrschaftslose Assoziation freier Individuen. Alle Erfahrung lehrt, dass wir auch nach einer sozialistischen Revolution noch über längere Zeit politische Repräsentations- und Verwaltungsorgane brauchen - und damit auch eine Form des Staates. Wenn der Schwung der großen Massenbewegung im Wellental ausläuft, werden die institutionellen Garantien der sozialistischen Demokratie besonders wichtig, wie etwa die jederzeitige Abwählbarkeit, die

Ausschließung materieller Vorrechte von MandatsträgerInnen, die volle Freiheit der Assoziation einschließlich des Parteienpluralismus, die nach geschriebenem Recht urteilende unabhängige Justiz mit vom Volk gewählten RichterInnen und die Verteilung der Mittel der Meinungsbildung nach demokratischen Kriterien. Solange überhaupt noch ein bestimmtes Maß an Macht- und Entscheidungsbefugnis delegiert werden muss, sind Mechanismen radikal-demokratischer Machtkontrolle unabdingbar.

Den heutigen Zuständen können und müssen wir in Übereinstimmung mit unseren Zielen mit der Forderung nach wirklich demokratischen Verhältnissen entgegenreten. Fortgeschrittene Erfahrungen wie die mit dem Beteiligungshaushalts in Porto Alegre, wo die Bevölkerung über die Prioritäten des Investitionshaushaltes selbst befinden kann, müssen von uns zur Verdeutlichung der Richtung (nicht zur mechanischen Nachahmung) genutzt werden.

Eine Demokratisierung der Kultur verlangt die Überwindung der ausgrenzenden Spaltung von Völkern, Klassen, Schichten, Geschlechtern und Ethnien. Demokratisierung der Kultur heißt Überwindung der herrschenden, vom Markt bestimmten Kultur ebenso wie die Überwindung eines militanten Partikularismus als deren oppositionellem Reflex (Nationalismus, Fundamentalismus, Sexismus, aber auch die verschiedenen Formen von Identitätskulturen). Sie richtet sich gegen bürgerliche Atomisierung und Klassenspaltung, gegen materielles wie geistiges Elend. Es geht ihr um die "Veredelung" des Menschen, um eine Aufhebung des tendenziellen Widerspruchs zwischen Kultur und Leben, zwischen Universalität und Lokalität, kurz: um eine Ethik der Solidarität. Die Neu(be)gründung der Bewegung der Arbeitenden, die wir wollen, schließt die Entwicklung, soziale Verankerung und Stabilisierung von Keimformen dieser Solidarität bereits heute unter kapitalistischen Verhältnissen mit ein.

Auf allen genannten Gebieten zeigt sich schnell, dass jede konsequente Verteidigung radikal-demokratischer Leitwerte zur sozialistischen Infragestellung bürgerlicher Demokratie führt.

Deutschland in Europa und der Welt

Mit der totalen Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland im Zweiten Weltkrieg ging eine Epoche zu Ende, in der die "verspätete Nation" unter Führung der preußisch-deutschen Kraut- und Schlotjunker versucht hatte, einerseits den Westen Europas unter ihre Kontrolle zu bringen und andererseits sich im Osten "durch Unterwerfung der Slawen" ein neues Kolonialreich mit billigen Rohstoffen und Arbeitskräften zu sichern. Besonders in Deutschland kommt dem Zweiten Weltkrieg die Bedeutung einer tiefgreifenden historischen Zäsur zu, die durch den Judenmord (Auschwitz) noch akzentuiert wird. Dies zeigt sich vor allem in der Tatsache, dass die Geschichte der (alten) Bundesrepublik seit 1949 wesentlich von den Parteien der "Reichsfeinde" des deutschen Kaiserreiches - der Partei des politischen Katholizismus und der Hauptpartei der Arbeiterbewegung - geprägt worden ist. Auf den Trümmern des Dritten Reichs kam so der "Klassenkompromiss" des Grundgesetzes zwischen CDU/CSU und SPD zustande, in dem an gewisse Traditionen der Paulskirchenbewegung und der Revolution von 1848 angeknüpft wurde.

Auch in der sowjetischen Zone beriefen sich diejenigen Menschen, die die Bewegung zur Gründung einer "Deutschen Demokratischen Republik" ins Leben riefen, zunächst auf diesen historischen Zusammenhang und wollten ebenfalls gemäß den Grundsätzen der 48er Revolution ein bürgerlich-demokratisches Regime etablieren.

Die Maßnahmen zu einer radikalen und umfassenden Durchführung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von 1945 (Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Brechung der Macht der Großkonzerne und Demokratisierung) wurden auf beiden Seiten des "Eisernen Vorhanges" durch den sich verschärfenden Ost-West-Gegensatz zunächst gebremst und dann unmöglich gemacht, was im Westen zur Gründung des "Adenauer-Staates" mit starken restaurativen Tendenzen (Integration von Altnazis, Rückgabe von Fabriken an enteignete Kapitalisten, KPD-Verbot) und im Osten (nach Ausschaltung der demokratischen Kräfte) zur Etablierung der SED-Diktatur führte.

Die zentralen politischen Grundlagen der staatstragenden Parteien des Weststaates in der Nachkriegszeit waren die Westintegration (NATO und EWG), der Antikommunismus und der relativ ausgebaute Sozialstaat (Lohnfortzahlung, Dynamisierung der Rente ab 1957) des "rheinischen Kapitalismus" (Michel Albert). Ab Mitte der fünfziger Jahre ließ die SPD-Führung endgültig von ihren Plänen ab, die deutsche Wiedervereinigung nach österreichischem Vorbild mittels Neutralisierung des Landes zu erreichen, und übernahm die zentralen Vorgaben der von Adenauer und Erhard entwickelten Variante bürgerlicher Politik (Westintegration und "soziale" Marktwirtschaft). Im Verlauf des "Wirtschaftswunders", also des langen Nachkriegsbooms, setzte sich spätestens mit Bad

Godesberg die "Konsensdemokratie" durch, in der alle wesentlichen politischen Fragen in Übereinstimmung der großen Parteien gelöst wurden. Der Union kam dabei die Rolle zu, das bürgerliche und kleinbürgerliche Lager, der SPD, die Gewerkschaften (und ggf. soziale Bewegungen, besonders die verschiedenen Schübe der Friedensbewegung) einzubinden.

Die restaurativen Tendenzen der Nachkriegszeit und die geringe Bereitschaft zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit haben viele Linke dazu geführt, die historische Zäsur des Zweiten Weltkriegs und der vernichtenden Niederlage kleinzureden oder gar ein IV. Reich vorherzusehen. Die nicht nur von der Bourgeoisie, sondern auch breiten Teilen der Bevölkerung vorgenommene Verdrängung der Verbrechen des NS-Regimes, insbesondere von Auschwitz, an denen einige Hunderttausend beteiligt waren, hat gerade bei jungen Menschen seit den sechziger Jahren zu einer moralischen Empörung über die hierzulande herrschenden Zustände geführt, die häufig in die Nähe des Dritten Reiches gerückt wurden ("Nie wieder Deutschland"). Doch mit dem Zweiten Weltkrieg war das Bismarckreich endgültig untergegangen und der "deutsche Sonderweg" zu Ende. Die "Verwestlichung" Deutschlands bedeutet für die politische Linke, dass sie die politische Auseinandersetzung wie ihre PartnerInnen im Westen im Rahmen "normaler" kapitalistischer und bürgerlich-demokratischer Verhältnisse führen muss. Dies heißt nicht, dass wir die besondere Verantwortung aller Deutschen ihrer Vergangenheit gegenüber leugnen oder herunterspielen möchten. Der Kampf gegen faschistische und rassistische Gruppen und Bestrebungen muss weiterhin ein integraler Bestandteil linker Politik bleiben. Auch ist eine kritische Sicht der modischen These von der "Befreiung Deutschlands durch die USA" angebracht; sie unterschlägt die Rolle der internationalen ArbeiterInnenbewegung und vor allem den ungeheuren Blutzoll, den die Sowjetunion im Verlauf des Zweiten Weltkrieges zu zahlen hatte.

In einzelnen Fragen wurde der Konsens der Nachkriegszeit zunächst durch die Studentenbewegung 1967/68 aufgebrochen und dann etwa seit Mitte der siebziger Jahre durch die Neuen sozialen Bewegungen erheblich in Frage gestellt (Kampf gegen Atomkraftwerke, Umwelt und Energie, Aufrüstung, Rolle der Frau, Konsummodell etc.). Der Radikalisierungsprozess der Studentenbewegung geriet nach Ende des SDS mit der Gründung zahlloser Kleinparteien in eine Sackgasse; einige Strömungen orientierten sich seit Wyhl 1974 vor allem in der Anti-AKW-Bewegung auf neue Subjekte einer breiteren Bevölkerung; es entstand zu vielerlei Themen eine Umwelt- und Alternativbewegung. Diese Bewegungen und das Festhalten der Schmidt-SPD an den traditionellen Positionen im Streit um die Atomenergie und den NATO-Nachrüstungsbeschluss führten zur Gründung der Partei der Grünen, die als erste neue Partei seit 1953 im Jahr 1983 erstmalig den Einzug in den Bundestag schaffte. Führende Mitglieder der neuen Partei hatten die Bedeutung des "Jahrhundertthemas" Ökologie

begriffen und sich damit von der Konkurrenz abgesetzt. Anfänglich versuchten die Grünen mehrheitlich eine Verbindung von Arbeit in Massenbewegungen und parlamentarischer Intervention; die Wirtschaftskrise mit dem Siegeszug der neoliberalen Ideologie sowie der Zusammenbruch des Ostblocks und das Zurückfluten der sozialen Bewegungen führten die Grünen in eine Orientierungskrise, in der der "Realflügel", der auf eine (ökologische?) Modernisierung des Kapitalismus im Bündnis mit der SPD setzt, schließlich Oberwasser bekam.

Während die erste Rezession in Deutschland 1966/67 zum Sturz der Regierung Erhard und zur Etablierung einer Großen Koalition unter Kiesinger und Brandt geführt hatte, die zentrale Positionen des Keynesianismus (antizyklische Konjunkturpolitik, Staatsinterventionismus) in den Verfassungsrang erhob, beendete die zweite Mitte der siebziger Jahre die kurze Reformära unter Brandt und Scheel. Nachdem die keynesianischen Politikansätze zu hoher Inflation und rasch zunehmender Staatsverschuldung geführt hatten, verabschiedete sich die FDP unter Lambsdorff mit dem nach ihm benannten "Papier" von der Sozialdemokratie und orientierte sich nun an den neoliberalen Vorgaben aus Washington und London. Die Regierungen Kohl/Genscher begannen mit einer Umverteilungspolitik durch Privatisierungen und Beschneidungen des Sozialstaates, ohne jedoch die Radikalität der anglo-amerikanischen Vorbilder erreichen zu können oder zu wollen (hieran waren sie unter anderem durch die Bindung auch des katholischen Milieus an den Sozialstaat gehindert).

Die "europäische Integration"

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war 1957 als Projekt der westeuropäischen wirtschaftlichen und politischen Integration gegründet worden und schuf im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens eine Freihandelszone; das bereits in den römischen Verträgen anvisierte Ziel der politischen Integration scheiterte jedoch an den Widersprüchen und Rivalitäten der verschiedenen Nationalstaaten mit ihren besonderen Interessen und politischen Kulturen. Nach einem Jahrzehnt der Krise ab Mitte der siebziger Jahre versuchte die neue EG-Kommission um Jacques Delors ab Mitte der achtziger Jahre, den wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozess neuerlich voranzutreiben: Die Abkommen von Maastricht und Amsterdam schufen den einheitlichen Binnenmarkt und schließlich die gemeinsame Währung, den Euro. (Beides sollte ursprünglich schon Anfang der siebziger Jahre eingeführt werden, siehe Werner-Plan). Die verabredeten Stabilitätskriterien orientierten sich völlig am neoliberalen Dogma (Bekämpfung der Inflation hat Vorrang vor Abbau der Arbeitslosigkeit). Sie schufen eine Zwangsjacke, die zusammen mit der von der neuen Mobilität des Finanzkapitals verursachten "Krise des Steuerstaates" massiven Druck auf Kommunen und Länder ausübte, den verbliebenen Kommunal- bzw. Staatsbesitz zu verschleudern und öffentliche Dienst-

leistungen, den Nahverkehr sowie die Versorgung mit Wasser und Energie zu privatisieren. Im Rahmen der GATS-Runde der Welthandelsorganisation, deren Verhandlungen von der EU-Kommission unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden, soll eine Ausdehnung der Marktöffnung auf verbliebene Reservate öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung durchgesetzt werden. Nicht zufällig entstand mit den "Europäischen Märschen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung" 1997 ein erstes europäisches Netzwerk gegen die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU.

Mit der Einführung des Euro (und damit der Aufgabe der Währungssouveränität der beteiligten Staaten) wurde ein weiterer Schritt bei der Entmachtung der nationalen Parlamente und der Stärkung der Exekutiven (Europäische Zentralbank, Regierungen) getan. Auch in der Außenpolitik engagieren sich einige EU-Staaten immer stärker militärisch. Das zielt vor allem Richtung Balkan und die Mittelmeerregion, aber auch in Vorder- und Mittelasien sind Tendenzen zur militärischen Interessensdurchsetzung sichtbar. Gerade Sozialdemokraten und Grüne betreiben das Projekt des Aufbaus einer europäischen Armee bzw. von "Eingreiftruppen", um ggf. auch ohne US-Beteiligung in Konflikte (Afrika) intervenieren zu können. Die Radikalisierung der US-Außenpolitik hin zum Unilateralismus wird die Absetzbewegungen der EU sicherlich beschleunigen, selbst wenn die gemeinsamen Interessen an der Plünderung des Südens, aber auch die innere Uneinigkeit (Frankreich gegen Britannien) vorläufig verhindern, dass sich "Europäer" und die USA endgültig entzweien.

Die politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Irak-Krieges haben die Widersprüchlichkeit des europäischen Einigungsprozesses in aller Deutlichkeit herausgestellt und ihn geschwächt: Während Paris und Berlin die US-Politik einer militärischen Intervention ablehnten, gerierte sich Blair als Bushs Statthalter; Italien, Spanien und die meisten Osteuropäer folgten (trotz mehrheitlicher Ablehnung des Krieges in der Bevölkerung) der in Washington beschlossenen Linie.

Als Internationalisten engagieren wir uns im Kampf gegen den Aufbau eines marktradikalen, imperialistischen und militaristischen Europa durch unsere Beteiligung am Aufbau eines "Europas von unten", wobei die sozialen und politischen Bewegungen zusammengeführt und politisch vorangebracht werden müssen. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Aufbau einer europäischen Gewerkschaftsbewegung, um dem Europa des Kapitals mehr als nationalen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Desweiteren gilt es, den Aufbau einer europaweiten Bewegung gegen Militarisierung und Krieg voranzutreiben. Dies müssen Kernthemen der kommenden Sozialforen sein.

Mit dem Untergang des Ostblocks wurde die Spaltung Deutschlands und die Funktion der beiden deutschen Staaten als Frontstaaten des jeweiligen Blocks im Kalten Krieg beendet. Der Anschluss der DDR führte zu einem gigantischen Raubzug des westdeutschen

Kapitals, so dass heute ca. 80 % der besitzbaren Güter, besonders aber die (deindustrialisierte) produktive Basis, "Wessis" gehören. Nicht nur wurde die ex-DDR zur verlängerten Werkbank des Westens umstrukturiert; vielmehr wurden dort die Möglichkeiten des "neoliberalen Umbaus" (lean production, unbegrenzte Mobilität) in aller Radikalität durchgesetzt: Aushöhlung der Tarifverträge, massenhafte unbezahlte Überstunden, Pendler, die oft Hunderte von Kilometern zur Arbeit anreisen, Niedriglohnssektor, Abwanderung von über einer Million (vor allem junger) Menschen, billigste öffentliche Arbeiten für Erwerbslose usw.

Die von vielen Ostdeutschen als Demütigung empfundene Art der Überstülperung des westdeutschen "Erfolgsmodells" und der Kreuzzugsgeist vieler Wessis, möglichst alle Übrigbleibsel des "kommunistischen Unrechtregimes" mit Stumpf und Stiel auszurotten, führte in der ehemaligen DDR zur Herausbildung einer besonderen Ossi-Mentalität mit gewissen Tendenzen zur Verklärung der Vergangenheit. Durch Bedienung dieser Mentalität ist es der PDS gelungen, Teile der früheren Bürokratie mit neuen Selbständigen und wirklich oder vermeintlich Unterprivilegierten zusammenzuführen und sich als deren politische Interessenvertretung darzustellen. Die tiefe Krise der PDS zeigt jedoch, dass ohne neue Schichten, die nicht mehr in der DDR sozialisiert wurden, und ohne eine klare, von Rot-Grün deutlich unterscheidbare sozialistische programmatische Perspektive mit dem Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, diese Partei vom herrschenden Angebot aufgesogen werden wird.

Die BRD unter Rotgrün

Die Rückwirkungen des Umbaus des Kapitalismus im Westen und des Anschlusses der DDR, die geringen wirtschaftlichen Wachstumsraten, die Verbrauchtheit der Kohl'schen Führungsgarnitur und schließlich der Spendenskandal um Kohl und in Hessen führten die Union in eine tiefe programmatische Krise und Führungskrise. Unter dem Motto "Modernisierung und Gerechtigkeit" gewann Rot-Grün die "neue Mitte" und damit die Bundestagswahl 1998. Ihr Ansatz besteht aus einer "modernisierten" und sozial etwas "abgefederten" Form neoliberaler Politik: Umstrukturierung, Privatisierung und Sozialabbau "zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland" sollen "im Dialog" mit den gesellschaftlichen Gruppen (z. B. Bündnis für Arbeit, Ausstieg aus der Kernenergie, Ethikrat zur Gen-Technologie, Rürup-Kommission) erarbeitet werden; dadurch sollen Konflikte vermieden oder mögliche Konfliktpotentiale durch Spaltung neutralisiert werden (Atomtransporte, Bundeswehreinsätze, Sozialabbau). Die Einsetzung zahlreicher "Konsensrunden" akzentuiert die Politik des neoliberalen Pragmatismus, was zu einem weiteren Einflussrückgang des ohnehin geschwächten Parlaments (Außenpolitik, EU) führt.

Der SPD kommt (gleich den Grünen) bei der Durchsetzung einer "ausgewogenen" neoliberalen Politik einerseits zugute, dass im Massenbewusstsein auch und gerade der Lohnabhängigen heute radikale Veränderungen nach dem Scheitern des "Realsozialismus" als völlig utopisch erscheinen, dass sie andererseits (im Unterschied zu Union und FDP) jedoch keine Fraktion der Bourgeoisie organisiert (selbst wenn die Verbindungen in die Vorstandsetagen von Großkonzernen heute intensiver sind denn je zuvor, z.B. die der Wirtschaftsminister Müller bzw. Clement), so dass sie unter bestimmten Umständen mittels Kontrolle der Spitze des Staatsapparates die Rolle eines Schiedsrichters und Integrators zu spielen vermag.

Die besondere Rolle der SPD zeigte sich auch in den letzten Wochen vor der Wahl 2002, als es Schröder und Genossen gelang, durch Mobilisierung der Ablehnung des und der Ängste vor dem Irakkrieg (bisweilen mit nationalen Untertönen) und durch publikumswirksame Auftritte als "Deichgreif" in den Hochwassergebieten Sachsens und Thüringens einen Solidarisierungseffekt zugunsten von Rotgrün zu erreichen und die sicher scheinende Wahlniederlage noch einmal abzubiegen. Die wirtschaftliche Depression und die geplanten Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen führten bald nach der Wahl zu einem massiven Vertrauensverlust in die SPD.

Der "Erfolg" der rotgrünen Politik wird einerseits vom versprochenen "wirtschaftlichen Aufschwung", der bislang Chimäre geblieben ist, andererseits vor allem aber von der Integration der Gewerkschaften und möglicher sozialer Bewegungen in die ausgehandelten Vorgaben (Agenda 2010) abhängen. Kohls Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall war 1996 das Fanal für seine Abwahl. Ein vergleichbarer "Fehltritt" könnte auch Schröder und Rot-Grün in die Breddouille bringen; sollte die Massenarbeitslosigkeit nicht zurückgehen, sondern weiter ansteigen, dann dürfte "Rot-Grün" in absehbarer Zeit eine Episode geblieben sein. Bislang werden sie nicht von der eigenen politischen Stärke, sondern von der Konzeptionslosigkeit der Union und der FDP an der Regierung gehalten.

Die wesentlichen, in der vergangenen Legislaturperiode vorgenommen bzw. in der neuen vorbereiteten "Reformmaßnahmen", folgen alle der neoliberalen Logik der "Stärkung der Angebotsseite":

* Die Steuerreform bringt eine Senkung des Spitzensteuersatzes von 53% über 48,5% auf 42%; die Senkung der Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne von 30% bzw. 40% auf 25% (ohne jede Progression) begünstigt zusammen mit der steuerlichen Freistellung von Unternehmensverkäufen eindeutig das Großkapital und verschärft die Finanzkrise, besonders der Kommunen.

* Die eingeleitete "Sparpolitik" geht in starkem Maße zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme, die unter "Finanzierungsvorbehalt" gestellt werden. Gleichzeitig werden durch sie die depressiven Tendenzen der Konjunktur verstärkt.

* Die Rentenreform legt die Grundlagen für eine Teilprivatisierung der Altersversorgung und damit verbunden, eine Senkung der "Lohnnebenkosten" (Aufgabe der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung). Der gravierendste Aspekt dürfte in der Zerstörung des Netzes der Solidarität liegen, denn bisher führten erkämpfte Lohnerhöhungen auch zu Rentenerhöhungen der jetzigen und der späteren Rentnergenerationen.

* Zahlreiche Maßnahmen zur "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" bekämpfen in Wirklichkeit die Arbeitslosen, so die teilweise Privatisierung der Arbeitsvermittlung, das neue Job-Aktiv-Gesetz und die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die Hartz-Vorschläge bzw. -Gesetze radikalisieren diesen Kurs. Letztlich sollen nur diejenigen vom Arbeitszwang ausgenommen werden, die aufgrund ihrer körperlichen Verfasstheit absolut nicht mehr einsetzbar sind.

* Der in einer "Konsensrunde" beschlossene "Ausstieg aus der Atomenergie" entpuppt sich als Freibrief für die Atommafia, bei einem Verzicht auf Neubauten möglichst lange Laufzeiten für ihre neueren Meiler genehmigt zu bekommen. Obwohl völlig ungeklärt ist, wie (und zu welchen Kosten!) der strahlende Atom Müll auf Jahrmillionen sicher verwahrt werden soll, wird sich dieser Müllberg bis zum ausgehandelten Auslaufen der Meiler nochmals verdoppeln.

* Das neue "Zuwanderungsgesetz" erkennt zwar an, dass Deutschland faktisch Einwanderungsland ist, macht jedoch die "deutschen Interessen" zur alleinigen Richtschnur der Aufnahme. Gleichzeitig werden die Abschreckungsmaßnahmen gegen Menschen, die man nicht hier haben will (bestimmte Flüchtlingsgruppen, nachziehende Kinder) durch Kürzungen der Sozialhilfe und "Ausreisezentren" verschärft.

* Der Umbau der Bundeswehr macht aus der Armee im Kern eine "schnelle Eingreiftruppe", die tendenziell weltweit eingesetzt werden soll. Schon das "Weißbuch" von 1992 definierte die sichere Rohstoffversorgung der BRD als ein "weltweites Interesse", das ggf. auch gewaltsam einzufordern sei. Durch ihre Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan versucht die BRD, ihren außenpolitischen Spielraum zu erweitern und zu einer "mittleren Ordnungsmacht" zu werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Kontrolle des Mittelmeerraumes und vor allem der rohstoffreichen und sensiblen Region um das Kaspische Meer.

Trotz einiger ermutigender Erfahrungen, besonders im Dienstleistungsbereich (Gewerkschaft HBV bzw. ver.di), ist es den Gewerkschaften bisher nicht gelungen, dem Umstrukturierungsprozess des Kapitals wirksamen Widerstand entgegenzusetzen, auch wenn die Einbrüche in den Mitgliederzahlen (abgesehen vom Osten) wegen des weniger ausgeprägten Deindustrialisierungsprozesses nicht jene dramatischen Ausmaße angenommen haben wie in vielen anderen Ländern. Die Reduzierung und Verjüngung der Beleg-

schaften wurde außerdem in aller Regel zu Lasten der Sozialkassen durchgeführt, so dass sich die Konsequenzen erst mit erheblicher Verspätung einstellen. Die Gewerkschaftsführungen hatten sich zu sehr auf die Gegebenheiten der "alten Ökonomie" in der alten BRD verlassen, zu sehr den Korporatismus gepflegt, zu sehr waren keynesianische Ansätze durch den Globalisierungsprozess an den Rand gedrängt worden, als dass ein konsequentes Umsteuern möglich gewesen wäre. Vor allem die Massenarbeitslosigkeit und deren demoralisierende Auswirkungen haben seit 1991 zu einem Rückgang der Mitgliedschaft um etwa 30 Prozent geführt.

Die Einbindung der Gewerkschaftsbürokratie in die Regierung und vor allem ins "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" nach holländischem Vorbild sorgte bislang zusätzlich für die Verhinderung von größeren Klassenaktionen der abhängig Beschäftigten. Das Arbeitskampfniveau in der BRD hat - wiewohl es fast immer bescheiden war - eine historische Tiefstmarke erreicht. Trotzdem hat es in der Gesellschaft zu gären begonnen, wie die Diskussionen um die Höhe der Lohnforderungen und die Einkommensverteilung, die Streiks im Osten um die 35-Stunden-Woche oder die Ablehnung der rotgrünen Agenda 2010 deutlich werden lassen. Die Basis glaubt nicht mehr, dass Lohnverzicht zu einer Senkung der Arbeitslosenzahlen führen würde; die Argumentation, es müsse die Massenkaukraft gestärkt werden, gewinnt an Boden. In der Führung der IG Metall und bei ver.di scheinen sich Tendenzen zu regen, die "blutleere Politik der Mitte" (Klaus Lang) zu kritisieren und durch einen gewissen Abstand zur rot-grünen Bundesregierung einen Freiraum für eigenständige Mobilisierungen zu bekommen. Auch die proklamierte Annäherung an Attac deutet in diese Richtung.

In den neunziger Jahren befanden sich in der BRD auch die sozialen Bewegungen auf einem Tiefpunkt; ihre Mobilisierungen waren zumeist lokal oder regional begrenzt und bezogen sich auf sehr spezifische Themen. Einzig die Bewegung gegen die Neonazis konnte nach den Brandanschlägen von Solingen, Mölln und Rostock eine gewisse Breite entfalten und vor allem viele Jugendliche ansatzweise politisieren.

Massenhaften Widerstand gab es gegen verschiedenen Castor-Transporte ins Wendtland bzw. nach La Hague, ohne dass die Bewegung aber auch nur in Ansätzen das organisatorische oder politische Niveau der Mobilisierungen der siebziger Jahre erreichen konnte.

In Teilen des Landes (Thüringen) entwickelte sich eine teilweise gut organisierte Bewegung von Erwerbslosen, die sich zu "runden Tischen" und Erwerbslosenparlamenten traf.

Die Hoffnungen auf einen "Politikwechsel" im Gefolge von Rot-Grün 1998 wurden massiv enttäuscht; es kam in der BRD jedoch nicht zu massenhaften Mobilisierungen, wie sie - ausgehend von den Streiks in Frankreich im Winter 1995 -, sich in vielen europäischen Ländern ausgebreitet haben.

Dennoch scheint sich auch hier in letzter Zeit der Wind zu drehen: Der über Erwarteten große Erfolg des Attac-Kongresses vom Oktober 2001 in Berlin sowie weiterer Treffen und die anhaltende Zunahme der Mitgliedschaft deuten zumindest in diese Richtung. Es beginnt sich eine globalisierungskritische Bewegung außerhalb der traditionellen Parteien aufzubauen, die sich positiv auf die internationalen Erfahrungen und Mobilisierungen (Seattle, Prag, Nizza, Genua, Porto Alegre, Barcelona, Florenz, Genf...) bezieht und auch hier den übermächtigen Konsens des "Einheitsdenkens" aufzuweichen beginnt. Es ist durchaus möglich, dass es in dieser Bewegung zu einem Politisierungsschub von Teilen gerade der jüngeren Generation kommt, die nach der Zeit der Gründung der Grünen und deren progressiver Integration ins System aufgewachsen sind und nun unter den Bedingungen geringer Erwartungen ins etablierte Parteiensystem (Parteienverdrossenheit angesichts des Konsenses in "Standortfragen") eigenständige Erfahrungen machen können. Die Bewegung gegen den Irak-Krieg hat diese Tendenz vor allem bei jungen Menschen bestätigt.

Wir sollten unsere Kräfte darauf konzentrieren, unsere Kenntnisse und Erfahrungen in diese sich entwickelnde Bewegung einzubringen und unseren Beitrag dazu leisten, für einen politischen Klärungsprozess und den Aufbau einer organisierten Struktur zu arbeiten, die in Theorie und Praxis das "Einheitsdenken" herausfordert und einen Beitrag zur Vernetzung des kritischen Potentials zu leisten vermag. Die Sozialforen auf kommunaler, nationaler, kontinentaler und weltweiter Ebene werden dabei eine herausragende Rolle spielen.

Die Linke

Krise der traditionellen Arbeiterbewegung

Die sozialdemokratisch geprägte Arbeiterbewegung und die SPD unterliegen einer krisenhaften Veränderung, die mit dem aus Britannien entlehnten Schlagwort des Triumphes von "New Labour" über "Old Labour" bezeichnet werden kann. Dabei geht es nicht um die Anpassung an die bürgerlich-parlamentarisch regierte kapitalistische Gesellschaft, die längst vollzogen ist. Schon Lenin nannte die sozialdemokratischen Parteien "bürgerliche Arbeiterparteien" und die sozialdemokratischen Führer mit einem Ausdruck des US-amerikanischen Sozialisten Daniel DeLeon "labor lieutenants of capital", deren Funktion es sei, die abhängig Beschäftigten in das System einzubinden und dieses System loyal mitzuverwalten. Heute geht es um einen neuen Schritt. In Deutschland kann dieser neue Schritt symbolisch mit dem Ende jener Sozialpläne bezeichnet werden, die noch bis vor kurzem massiven Arbeitsplatzabbau in den Kernschichten der Arbeiterklasse begleiteten und der Befriedung der Betroffenen dienten.

Solche Sozialpläne, die vielen gerade der älteren Betroffenen einen halbwegs "sanften Übergang" vom Erwerbsleben über den Vorruhestand bis zur Rente ermöglichen, gelten heute als "nicht mehr finanzierbar". Im Gegenteil, diejenigen, die in der entsprechenden Übergangssituation leben, gehören gemäß der immer aggressiveren neoliberalen Propaganda zur Masse der angeblich die Statistik verfälschenden "Scheinarbeitslosen" und müssen so mit dafür herhalten, dass erste Schritte in Richtung der Privatisierung der Arbeitsvermittlung unternommen wurden.

Die Besonderheit der SPD gegenüber den normalen bürgerlichen Parteien wie auch die Erosion, die an dieser Besonderheit nagt, zeigte sich augenfällig beim "Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit". Dieses Bündnis bindet die Gewerkschaftsführungen ideologisch verstärkt ein in die Konkurrenzlogik ("Standort Deutschland") und führt in den Betrieben in vielen Fällen zu Verzicht auf Errungenschaften für "Gegenleistungen" der Geschäftsleitungen wie den befristeten Verzicht auf betriebsbedingte Entlassungen oder das Versprechen, in einem gewissen Umfang zu investieren.

Die nur noch blassrosa getönte neoliberale Politik der Schröder-Regierung, die Sozialabbau und Privatisierung fortsetzte, bei Tarifrunden über die angeblich "neutrale" Nichteinmischung hinaus vor zu hohen Lohnabschlüssen warnte und außenpolitisch ebenfalls in Kontinuität zur Kohl-Regierung die macht- und militärpolitischen Ziele der deutschen Bourgeoisie betreibt, führte jedoch zu ersten Haarrissen im Apparat. Ein Teil der Gewerkschaftsführungen kündigte der SPD die bisherige bedingungslose Nibelungentreue auf, kündigte Liebesentzug im Vorfeld der Wahlen, Zusammenarbeit mit Attac und Kritik an den neoliberalen

Exzessen an. Die SPD-Führung, hierdurch erschreckt, nahm ein paar kosmetische Korrekturen an ihrem Wahlprogramm vor, was ihr wiederum einige Loyalitätsbekundigungen und Rückzieher einiger Gewerkschaftsführer eintrug.

Das grundsätzliche Problem, das an diesen kleinen Schwankungen deutlich wird, besteht in der Frage, ob der in seiner sozialen Basis stark veränderte sozialdemokratische Apparat in seiner Gesamtheit die Aufgabe der Kanalisierung und der Integration ins System dauerhaft weiter garantieren kann - auch dann, wenn sozialer Unmut einmal zu massiven Bewegungen führen sollten wie derzeit in Italien - oder ob dieser Apparat in seiner Anpassung an die heutigen neoliberalen "Selbstverständlichkeiten" schon so weit gegangen ist, dass er dies nicht mehr schaffen könnte.

Der Aufbau einer linken Alternative in den Gewerkschaften und außerhalb der Sozialdemokratie darf sich nicht darauf beschränken, den sogenannten "Modernisierern" die Wiederbelebung der traditionellen sozialistischen Programmatik entgegenzuhalten, zumal nicht in Versionen, die oft schon zu ihrer Hochzeit unzureichend waren. Diese Wiederbelebung ist zwar durchaus notwendig, aber nicht hinreichend. Bestimmte Resultate früherer Versäumnisse haben sich vielerorts zur sozialen Realität verdichtet. Wo die Arbeiterbewegung ihre traditionellen Bastionen hat ersatzlos vor die Hunde gehen lassen, gibt es keine kampfstarken Belegschaften und auch kein kulturell der traditionellen Arbeiterbewegung verbundenes Milieu mehr. Offensichtlich versäumen es die Gewerkschaften in dieser neuen Situation, die aus dem Erwerbsleben herausgeschleuderten oder aus ihm von vornherein ausgegrenzten Menschen wirksam anzusprechen, zu mobilisieren und zu organisieren. In den entindustrialisierten Stadtvierteln und "sozialen Brennpunkten" sind sie vielmehr gar nicht präsent, sondern geradezu unsichtbar.

Eine neue Partei

Linke Neuformierung ist vor diesem Hintergrund keine Spielwiese eines begrenzten linken Milieus; sie muss auch einen Umbau und eine Neuorientierung der Arbeiterbewegung insgesamt befördern. Diese bedarf einer neuen Radikalität und der Bereitschaft, die Kraft der organisierten Lohnabhängigen wirklich in die Waagschale zu werfen und sie zu mobilisieren, um ihre Interessen gegen das Kapital und seine Handlanger durchzusetzen. Sie bedarf zugleich dringend einer Ausweitung ihrer Themen und Handlungsfelder.

Nötig ist ein Prozess, wie er sich unübersehbar erstmals in Italien mit der spektakulären Ausdehnung des Genua Sozialforums andeutete. Zusammenfassung, Vernetzung, gemeinsames Handeln aller von der neoliberalen Offensive und ihren Auswirkungen Betroffenen, von den erwerbstätigen Lohnabhängigen bis zu den Erwerbslosen, von der studierenden Jugend bis hin zu den ImmigrantInnen, den Flüchtlingen und allen Erniedrigten und Beleidigten der Gesellschaft.

Nötig ist dieser Prozess in einem internationalen Sinne, als Teil des Aufbegehrens gegen die neoliberale Globalisierung und gegen die weltweite Kriegführung der Staaten des reichen Nordens. Eine Handvoll großer Kapitalgruppen will ihre Interessen gegen den mehr oder weniger eigentumslosen Rest der Menschheit durchsetzen, um jene ölgeschmierte Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten, die in den älteren Büchern, auf die wir uns beziehen, zu Recht Kapitalismus und zukunftsunfähig genannt wird.

Nur in der Aktion der abhängig Beschäftigten und der auf emanzipatorische Ziele orientierten sozialen Bewegungen besteht die Chance für die massenhafte Herausbildung eines neuen antikapitalistischen Bewusstseins, das sich erneut das Ziel setzt, die Macht des Kapitals zu stürzen und eine Demokratie von unten, eine sozialistische Demokratie an deren Stelle zu setzen. Doch die Meinungsbildung in Bewegungen ist nicht gleichzusetzen mit einem politischen Formierungsprozess, alleine schon deshalb, weil ein Kennzeichen wirklich breiter Massenbewegungen das gemeinsame Handeln verschiedener politischer Kräfte und Meinungsströmungen ist. Mit einer politischen Neuformierung oder (im italienischen Sinn der "rifondazione") Neu(be)gründung der Linken meinen wir einen Prozess, der letztlich auf die Schaffung einer neuen politischen Partei und einer neuen Internationalen hinausläuft, die den Sturz des Kapitalismus und die Eroberung der politischen Macht durch die abhängig Beschäftigten und Eigentumslosen will, zum Zweck des Aufbaus einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, zum Zweck einer universalen Emanzipation, die zugleich die einzige Alternative zu Untergang und Barbarei darstellt.

Für eine solche neue politische Kraft ist nicht nur wichtig, dass sie Teil der Klassenkämpfe der Lohnabhängigen und aller kapitalismuskritischen und emanzipatorischen Bewegungen ist. Wichtig ist ebenfalls, dass sie die Lehren aus den vergangenen Anläufen zieht, aus den Revolutionen und Konterrevolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts, die Lehren aus dem Scheitern von Sozialdemokratie und Stalinismus, die Lehren auch aus der bisherigen Erfolglosigkeit der alternativen kleineren organisierten Strömungen. Wichtig ist weiterhin, dass sie sich von Anfang an auf kontinentaler und internationaler Ebene gemeinsam mit allen dafür in Frage kommenden Kräften zusammenschließt. Wichtig ist außerdem, dass sie auf Grundlage einer klaren Programmatik selbst pluralistisch und demokratisch organisiert ist und in ihrem Willensbildungsprozess allen emanzipatorischen, sozialistischen und revolutionären Strömungen Raum gibt, die eine neue von Kapitalismus, Patriarchat und allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung freie Gesellschaft aufbauen wollen. Eine solche Partei wird eine wirkliche "Avantgarde"-Partei sein, nicht im Sinne selbsternannter Avantgarden, sondern weil sie die wirkliche gesellschaftliche Vorhut organisiert. Diese Partei kämpft in den von unten entstehenden demokratisch selbstbestimmten Strukturen der Lohnabhängigen sowie aller Ausgebeuteten und Unterdrückten um

Mehrheiten für ihre Positionen und Vorschläge. Ansätze zur Schaffung einer solchen neuen Kraft gibt es bereits in einer Reihe von Ländern. Die Europäische Antikapitalistische Linke gehört zu den Vernetzungsstrukturen, die sich die Schaffung einer solchen Kraft zum Ziel setzt.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine solche neue politische Kraft nicht "bei kalter Temperatur" entstehen kann, bei relativer Passivität der abhängig Beschäftigten und Unterdrückten. Sie kann also auch nicht allein durch den guten Willen der vorhandenen linken Kräfte entstehen. Es reicht nicht, dass diese sich an den Tisch setzen und beschließen, sich zusammenzutun, um sie aus der Taufe zu heben. Das ist klar - doch darf das nicht zur Ausrede werden, um nichts für das Entstehen einer solchen Kraft zu tun und sich der Routine des Aufbaus bzw. des Dahinvegetierens der bestehenden herzlich unzureichenden Strömungen, Organisationen und Kleinstgruppen zu überlassen. Erste Aufgabe ist, sich das Problem ernsthaft zu stellen und solche Verbindungen der gemeinsamen Aktion und auch der gemeinsamen Reflexion unter Linken herzustellen, die den Aufbau einer solchen neuen linken Kraft begünstigen und vorbereiten.

Bestehende Parteien und Organisationen

Wer in Deutschland von linker Neuformierung spricht, muss sich zuerst auf die PDS beziehen, auf die einzige Partei mit sozialistischem Anspruch, die Zehntausende Mitglieder hat und durch ihre Wählerschaft und Präsenz in den Parlamenten bis hin zur Bundesebene öffentlich als Kraft links von SPD und Grünen wahrgenommen wird.

Auf dieser PDS lasteten von Anfang an verschiedene Besonderheiten, die sich daraus ergeben, dass sie Nachfolgepartei der SED, der vormals herrschenden Staatspartei der DDR ist. Nach wie vor hat sie den Löwenanteil ihrer ca. 85 000 Mitglieder und die allermeisten Wählerinnen und Wähler in den östlichen Bundesländern. Dass viele dieser Mitglieder früher SED-Mitglieder waren, bedeutet für uns nichts Negatives, obwohl wir die bürokratische SED-Herrschaft bekämpft haben. Immerhin sind es die besten ehemaligen SED-Mitglieder, diejenigen, die wirklich an etwas geglaubt haben und ihren Idealen treu geblieben sind, als dies keine Vorteile mehr versprach. Dennoch sind sie in der Regel nicht nur biologisch alt, sondern auch ideologisch vergangenheitsbezogen und in mancher Hinsicht konservativ. Die Partei ist nicht im Feuer des Klassenkampfes entstanden, nicht in sozialen Bewegungen, sondern im Kampf darum, beim Zusammenbruch der DDR und der alten SED zu retten, was zu retten ist. Sie ist in Betrieben, Unis, Schulen, Bewegungen kaum verankert und darum - solange die Wählerstimmen dafür reichen - der Sogkraft der Institutionen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in besonderem Maße ausgesetzt.

Als die PDS sich zur Zeit ihrer Gründung zur organisatorischen Kontinuität mit der SED bekannte, be-

gründete Gregor Gysi dies unter anderem mit der noblen Absicht, zur eigenen Geschichte zu stehen. Er nannte aber auch die wirklichen, etwas profaneren Gründe: die Hoffnung, wenigstens einen Teil des SED-Vermögens ins "neue Deutschland" hinüberzueretten, samt der Möglichkeit, einer Reihe "verdienter Kader" dort eine sanfte Landung zu ermöglichen. Heute zeigt sich: Auf lange Sicht wäre ein radikaler Trennungsstrich und Neuanfang politisch produktiver gewesen.

In den ersten Jahren gelangen der PDS einige Schritte des Aufbaus in den neuen Bundesländern, ohne dass dies allerdings die Situation der West-PDS als Wurmfortsatz der Ost-PDS wesentlich geändert hätte. Immerhin war die Partei programmatisch und teils auch von ihrem Verhalten her offen für die Integration von und die Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften, auch solchen, die sich auf revolutionär-sozialistische Positionen beriefen. Im Zuge der laufenden Programmdebatte hat sich gezeigt, dass diese Offenheit zurückgefahren werden soll unter dem Deckmantel des Kampfs gegen "kommunistischen Traditionalismus" und "linksradikales Sektierertum".

Das Bedürfnis dafür ergibt sich für die Mehrheit der Führung dieser Partei aus dem tieferliegenden Bedürfnis nach weiterer Anpassung an das bestehende politische System und der Suche nach einem Platz und einer Rolle im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems. Nach dem Tolerierungsmodell in Sachsen-Anhalt und der Koalition in Mecklenburg-Vorpommern kam der Eintritt in die Regierung Berlins als Juniorpartner der SPD, und dies auf Grundlage eines rabiaten Sparprogramms zu Lasten der Interessen der abhängig Beschäftigten und der weniger beachteten Teile der Bevölkerung. In der Praxis führte dies schon in unmittelbarer Konfrontation mit Teilen der Gewerkschaftsbewegung. Dies markiert einen Einschnitt; und von der "Regierungstauglichkeit" auf Bundesebene trennt die PDS nur noch ihr "Nein" zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr - ein "Nein", an dessen Durchlöcherung von hoher Stelle der Partei aus kräftig gebastelt wird.

Aufgrund der jüngeren Entwicklung werden die Strömungen der innerparteilichen revolutionär-sozialistischen, linkssozialistischen, marxistischen, kommunistisch gesonnenen Opposition es schwerer haben, eine Perspektive glaubwürdig zu vermitteln, in deren Mittelpunkt die Gewinnung von Mehrheiten in der PDS für klare systemoppositionelle, antikapitalistische und sozialistische Positionen steht. Dieses Konzept gehört auf den Prüfstand, und eine gemeinsame Diskussion darüber mit der antikapitalistischen, sozialistischen, kommunistischen, revolutionären Linken außerhalb der Partei liegt nahe.

Doch auch für diese linken Strömungen und Organisationen außerhalb der PDS - deren mitgliederstärkste nach wie vor die DKP ist - gilt, dass ihre Hoffnungen, Konzepte und Perspektiven kritisch diskutiert werden müssen. Kann eine dieser Organisationen glaubwürdig versichern, die Schaffung einer neuen, starken, glaub-

würdigen sozialistischen politischen Kraft und die Schaffung von Mehrheiten in der Bevölkerung für ihre Vorschläge und Positionen könne sich aus dem eigenen Wachstum und Aufbau ergeben? Wenn dies aber niemand kann - und davon sind wir überzeugt - dann muss die partei- und strömungsübergreifende Zusammenarbeit und Debatte viel intensiver und zielgerichteter betrieben werden als bisher.

Manche der kleineren Organisationen wie SAV, Linksruck oder RSB (der sich sogar wie wir als Teil der IV. Internationale versteht) berufen sich auf ganz ähnliche oder die gleichen theoretischen und programmatischen Traditionen wie wir. Warum, könnte man von außen fragen, tun wir uns nicht erst mal mit diesen Gruppen zusammen? Wir beziehen uns positiv auf die "trotskistische" theoretische und programmatische Tradition und haben keinen Grund, das zu leugnen (obwohl das Etikett "Trotzkismus" in der Regel mit missgünstiger Absicht aufgeklebt wurde), aber wir beziehen uns auch kritisch darauf, so wie dies auch die große Mehrheit der IV. Internationale tut. Die Geschichte des Trotzkismus ist eine Geschichte, derer sich niemand schämen muss, aber er ist keine Erfolgsgeschichte. Mit denjenigen, die die Lösung in der Einheit der revolutionär(st)en Trotskisten - in der Einheit mit sich selbst - sehen, verbindet uns weniger als mit manchen, die vom Trotzkismus noch nie was gehört oder gelesen haben. Wir haben kein Interesse an der Schaffung künstlicher selbstbezogener Milieus, die ihr Selbstbewusstsein daraus ziehen, "immer recht gehabt" zu haben und neuen Rekruten drei bis vier Dutzend althergebrachter Wahrheiten einzutrichtern. Auch Gruppen, die sich auf den Trotzkismus beziehen, messen wir daher an ihrem Verhältnis zu den realen Bewegungen und an ihrer Bereitschaft, sich konstruktiv in den Prozess der linken Neuformierung einzubringen.

Programmatische Erneuerung

Sowenig linke Neuformierung sich jenseits realer Bewegung künstlich schaffen lässt, sowenig kann sie jenseits programmatischer Positionsbildung als formale Anforderung an die Bereitschaft sich zusammenschließen formuliert werden. Fünf Essentials einer neuen politischen Kraft der Linken aus unserer Sicht wären etwa:

1. Das Ziel einer anderen, einer solidarischen, einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaft, Sozialisierung, Kommunalisierung und Demokratisierung von Privat- und Staatseigentum statt Privatisierung. Brechung der Macht des Kapitals durch Vergesellschaftung der Industrien, Banken und Versicherungen zugunsten einer sozialistischen Demokratie.
2. Klare Abgrenzung von erziehungsdiktatorischen Modellen, die mit den bürokratischen Herrschaftsformen in den vormals angeblich "real-sozialistischen" Ländern in Verbindung gebracht werden; klares Bekenntnis zur Wahrung und Ausdehnung aller demokratischen Rechte und Freiheiten von Anfang der

sozialistischen Umwälzung an, einschließlich des Mehrparteiensystems im Rahmen neuer, von den abhängig Beschäftigten und heute Unterdrückten geschaffener demokratischer Institutionen.

3. Bekenntnis zum Primat der außerparlamentarischen Bewegung und entsprechende Praxis über einen längeren Zeitraum. Zweck sozialistischer Politik ist die Förderung eines Selbstbefreiungsprozesses der abhängig Beschäftigten und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, in dessen Verlauf durch Selbstaktivität und Selbstorganisation von unten die Keimformen einer qualitativ neuen Art von Demokratie entstehen, die ihrerseits eine Dynamik in die Richtung der Beseitigung jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen in sich trägt. Für uns heißt Politik in den Institutionen der bürgerlichen Demokratie, diese in den Dienst der Mobilisierung jener zu stellen, die ansonsten nur als Objekt der Entscheidungen von oben und bestenfalls als Stimmvieh behandelt werden.

4. Frontstellung gegen jeglichen Nationalismus und gegen nationalbornierte Politik und nationale "Standort"logik, für konsequenten Internationalismus und Teilnahme an den internationalen Mobilisierungen gegen die kapitalistische Globalisierung, Teilnahme am linken Neuformierungsprozess in Europa und in der ganzen Welt. Diese Haltung beginnt "vor der eigenen Haustür", beim bedingungslosen Kampf für die Interessen der Flüchtlinge und der EinwanderInnen und für die Herstellung der Klassensolidarität mit ihnen. Dazu gehört nicht nur die Gegnerschaft zur NATO und zu Bundeswehreinheiten im Ausland, sondern auch die Ablehnung der Bundeswehr als stehendes Heer sowie aller politischen und gegen Fluchtbewegungen von Menschen gerichteten Repressionskräfte des Staates.

5. Ausarbeitung der Umrisse eines Aktionsprogramms im Interesse der Lohnabhängigen, der Frauen, der Jugendlichen und aller Ausgegrenzten mit Antworten auf die dringendsten Probleme: Gegen Erwerbslosigkeit und Sparpolitik, gegen die Angriffe auf den Lebensstandard, gegen die Militarisierung der Politik - Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, offensive und egalitäre Tarifpolitik der Gewerkschaften bis hin zu Festgeldforderungen und automatischer Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung, garantiertes Mindesteinkommen für alle, flächendeckende und qualitativ ansprechende Ausstattung mit Kindertagesstätten, Kindergärten und Ganztagschulen, die jeder und jedem Erwachsenen ohne Nachteil ein normales Erwerbsleben ermöglichen, Konversion der Rüstungsproduktion und aller übrigen schädlichen Produktionen, öffentliche gesellschaftlich und ökologisch nützliche Beschäftigungsprogramme, dafür Umverteilung von oben nach unten, also das Geld denen wegnehmen, die es haben, zuerst mittels einer scharf progressiven Einkommenssteuer und einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer, demokratische Diskussion und Entscheidung der ganzen Bevölkerung über die Verwendung der öffentlichen Gelder, wobei die Erfahrungen des Beteiligungshaushalts in

Porto Alegre ein Vorbild oder wenigstens ein wichtiger Bezugspunkt sein können.

Das letzte dieser Essentials ist wichtig, um einen Weg zwischen der Logik der Anpassung und der Logik eines sterilen Propagandismus zu finden. Dafür ist es notwendig, an der Strategie der Übergangsforderungen anzuknüpfen, die auf dem vierten Weltkongress der Kommunistischen Internationale formuliert und später vom Stalinismus ausradiert und seither als "trotzkistische Spezialität" abgetan wurde. In diese Tradition gehören auch die klassischen Formulierungen von Rosa Luxemburg in ihrer Streitschrift zu "Sozialreform und Revolution".

Die Abgrenzung vom "Reformismus" besteht nicht darin, dass der Reformismus für Reformen kämpft und der revolutionäre Sozialismus nicht. Im Gegenteil: Der Reformismus muss auf Reformen - auf Verbesserungen im Rahmen des bestehenden Systems - oder sogar auf die Verteidigung bestehender Errungenschaften in dem Maße verzichten, wie er sein Schicksal an den Fortbestand des Kapitalismus und an die Profitinteressen des Kapitals knüpft.

Dagegen schlagen wir den Kampf für die Verteidigung von Errungenschaften und für Verbesserungen der Lebenslage der abhängig Beschäftigten, der Unterdrückten und Ausgegrenzten vor - ohne Rücksicht auf die Profitinteressen des Kapitals und auf die Belastbarkeit des kapitalistischen Systems. Hierfür soll die Entwicklung eines Systems von Sofort- und Übergangsforderungen dienen, die an den objektiv gegebenen und subjektiv empfundenen Interessen, sozialen und demokratischen Bestrebungen der abhängig Beschäftigten und Unterdrückten anknüpft und solidarische Lösungen entwirft, auch wenn dies Teillösungen sind. Denn nur im Kampf um konkrete Lösungen, auf Grundlage massenhafter kollektiver Eigenaktivität jenseits des Konkurrenzdrucks und jenseits der Bevormundung in den bestehenden Hierarchien, können große Massen von Menschen zu sozialistischen Einsichten kommen und den bewussten Kampf für eine neue Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Klassengesellschaft aufnehmen.

Die Ausarbeitung und Konkretisierung eines solchen konkreten Aktionsprogramms ist eine ständige Aufgabe der sozialistischen Linken und kann nur in engster Tuchfühlung mit der Masse der Gewerkschaftsaktiven und der Aktiven der emanzipatorisch orientierten und kapitalismuskritischen Bewegungen wirksam geleistet werden - aber eine erste Voraussetzung dafür ist natürlich, dass sich die emanzipatorische Linke dieses Problem überhaupt stellt, und dass sie es sich auch gemeinsam stellt und gemeinsam darüber diskutiert.

ALCA	Area de Libre Comercio de las Américas, Gesamtamerikanische Freihandelszone; engl.: FTAA
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DAG	Deutsche Angestelltengewerkschaft
DPG	Deutsche Postgewerkschaft
ERT	European Round Table, Europäischer Runder Tisch
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
GATS	General Agreement on Trade in Services, Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
IG	Industriegewerkschaft
IT	Information und Telekommunikation
IWF	Internationaler Währungsfonds
MAI	Multilateral Agreement on Investments, Multilaterales Investitionsabkommen
NAFTA	North American Free Trade Association, Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (zwischen USA, Kanada, Mexiko); span.: TLCAN
NGG	Gewerkschaft Nahrung Genussmittel Gaststätten
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport Verkehr
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe; engl. CMEA oder Comecon
RSB	Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale
SAV	Sozialistische Alternative; früher: Sozialistische Alternative Voran
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
TRIPs	Trade-Related Intellectual Property Rights , Handelsbezogene Rechte auf geistiges Eigentum
UNDP	United Nations Development Programme, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
ver.di	Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
WTO	World Trade Organization, Welthandelsorganisation

Anhang

Was wir wollen

Die internationale sozialistische linke (isl) steht für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Ein besonderer Bezugspunkt der isl ist die internationale Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Sie ist Teil eines »neuen Internationalismus« von sozialen Bewegungen, wie er unter anderem mit den Protesten gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), gegen die Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle im November 1999, mit dem Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar 2001 oder mit dem Europäischen Sozialforum im November 2002 in Erscheinung getreten ist.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.

Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der anti-kapitalistischen Linken. In Italien (Rifondazione comunista), Frankreich (Wahlerfolge der revolutionären Linken), Portugal (Rolle des Linksblocks), Schottland (Verankerung der Scottish Socialist Party), England (Entstehung eines breiten sozialistischen Linksbündnisses) und anderswo sehen wir, dass es möglich ist,

die politische Landschaft zu verändern. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Der Bruch mit der alten Ordnung erwächst aus den emanzipatorischen Bewegungen heute und morgen. Im Gegensatz zu den bürokratischen und stalinistischen Zerrbildern wollen wir im Ergebnis einer revolutionären Umwälzung die demokratischen Rechte auf die wirtschaftlichen Entscheidungen ausdehnen und für alle nutzbar machen. Dazu gehört die Pluralität der Meinungen und Parteien, dazu gehört radikal verkürzte Arbeitszeit ebenso wie Existenzsicherheit und die Entwicklung solidarischer Beziehungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dazu gehört der Kampf gegen das Patriarchat, gegen den Rassismus und gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu gehört der Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste, dazu gehört die Brechung der wirtschaftlichen Macht der bürgerlichen Klasse durch Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel, der Banken und Versicherungen.

Das Schicksal linker Strömungen, sobald sie Bedeutung erlangen, scheint die Anpassung an die bestehenden Verhältnisse zu sein. Doch das ist kein Naturgesetz. Die Linke in der Arbeiterpartei (PT) Brasiliens hat dies in der Millionenstadt Porto Alegre und im Bundesstaat Rio Grande do Sul gezeigt. Sie hat dort mit Einführung des »partizipativen Haushalts« diejenigen, die bislang nie gefragt wurden, für kompetent erklärt, über die Verwendung öffentlicher Gelder nach breiter demokratischer Diskussion selbst zu entscheiden. Diese Art aufmüpfiger Kreativität sehen wir als Vorbild.

Die internationale sozialistische linke (isl) ist im März 2001 nach der Auflösung der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) gegründet worden. Die VSP war 1986 als Vereinigte Sozialistische Partei aus dem Zusammenschluss einer ex-maoistischen Organisation und der damaligen deutschen Sektion der IV. Internationale entstanden. Ziel war, die Kräfte links von SPD, Grünen und DKP zusammenzuführen und eine glaubwürdige revolutionär-sozialistische Kraft aufzubauen. Obwohl das Vorhaben letztlich scheiterte, bleibt die Erfahrung dieser Vereinigung zweier ursprünglich sehr verschiedener linker Strömungen für uns wichtig und wegweisend.

Gemeinsam mit anderen tragen wir die Sozialistische Zeitung (SoZ), damit sie weiter als pluralistisches sozialistisches Blatt erscheinen kann. Um dies zu

gewährleisten und um sozialistische Bildungsarbeit zu organisieren, unterstützen wir den gemeinnützigen Verein für solidarische Perspektiven (VsP). Zusammen mit dem Revolutionär Sozialistischen Bund, der Sozialistischen Alternative (Österreich) und der Sozialistischen Alternative/Solidarität (Basel), geben wir außerdem die Zeitschrift Inprekorr (Internationale Pressekorrespondenz) heraus.

Diskutiert und beschlossen von der bundesweiten Mitgliederversammlung der isl am 10. Juni 2001; verändert auf der bundesweiten Mitgliederversammlung der isl am 14. Juni 2003

isl
internationale sozialistische linke